

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 3,- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 5,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Seimweil“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 12. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Devotienstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Reklameweile 1,- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote des ersten Wortes 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler

Keine schärfere Heranziehung des Besitzes zu den Lasten!

Der Reichskanzler empfing gestern in Anwesenheit des Reichsministers der Finanzen und des Reichswirtschaftsministers die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. Den Gegenstand der Besprechung bildete die Belastung, die dem deutschen Volke durch das Sachverständigengutachten auferlegt wird. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Lasten hin. Von der Reichsregierung wurde ein Ueberblick über den Stand der Arbeiten zur Vorbereitung der Durchführung des Sachverständigengutachtens gegeben. Dabei wurden die Möglichkeiten dargelegt, die in nächster Zeit für die Aufbringung der benötigten Mittel vorhanden sind. Nach wie vor soll alles getan werden, um die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so ertragreich wie nur irgend möglich zu gestalten.

Über den Verlauf der Besprechungen erfahren wir folgendes: Vom ADGB waren beteiligt: Graßmann, Scheffel und Tarnow, vom IFA-Bund Stehr und Heinig und vom ADL Falkenberg, während die christlichen Gewerkschaften durch Baltrusch und die Hirsch-Dunderschen von Lemmers und Schneider vertreten wurden.

Im Verlauf der mehrstündigen Verhandlungen wurde von den Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß die bisherigen Erklärungen der Regierung nur neue Bedenken innerhalb der Arbeiterschaft ausgelöst haben, der man abermals die Hauptlast auch dieser Neuregelung zumutet. Da die Belastung durch Lohnsteuer und Arbeitslosenversicherung bereits die Höchstgrenze überschritten hat und die Abmilderung der indirekten Besteuerung zur Ausführung der Gutachten auf die Massen sicher ist, wäre es für die Gewerkschaften an der Zeit, an die Reichsregierung die politische Frage zu richten, welche Maßnahmen sie vorsehen habe, um auch den Besitz gemäß seiner Leistungsfähigkeit zu den neuen Lasten heranzuziehen.

Die Vertreter der Gewerkschaften verwiesen auf die Steuerentschlüsse der Sachverständigen, die sich auf eine schärfere steuerliche Erfassung von Besitz und Vermögen beziehen. Sie stellten fest, daß die Sachverständigen der Schlussfolgerung nicht hätten entgehen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre. Finanzminister Dr. Luther antwortete im Namen der Regierung mit einer längeren Darlegung der Absichten der Regierung auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Die Regierung sei bereit, eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, der Einkommen-

steuer — soweit Selbstverschöpfung in Frage kommt — und die Möglichkeit der steuerlichen Erfassung von Auslandsgewinnen und sogenannten Inflationsgewinnen in Erwägung zu ziehen. Eine Verschärfung der Erbschaftsteuer werde soweit zugestanden werden, als es nötig sei, Steuerhinterziehungen wie im Fall Stinnes unmöglich zu machen. Dr. Luther bewertete die Hinterziehung im Falle Stinnes als „eine Methode, die ganz allgemein vorkommt“. Im übrigen führte Dr. Luther aus, daß er sich angesichts der Lage in Industrie, Handel und Landwirtschaft keine nennenswerten Ergebnisse von neuen oder verschärften Besitzsteuern verspreche. Schon jetzt könne die Wirtschaft nicht zahlen und erhalte um Steuerzahlung. Er vertrat mit aller Bestimmtheit die Auffassung, daß man den

„Traum einer weiteren Erfassung des Besitzes fahren lassen müsse“.

Mit dieser Erklärung des Reichsfinanzministers war festgestellt, daß die Regierung den begründeten Forderungen der Gewerkschaften nicht entgegenzukommen gedenkt.

Im Rahmen der Besprechung wurden die Schutzpläne der Regierung erörtert. Genosse Graßmann wandte sich in Uebereinstimmung mit den Führern des ADGB mit aller Schärfe gegen die neue Schutzpolitik und wies den Gedanken an jede, auch die geringste Konzession auf diesem Gebiete ab.

Es charakterisiert die Art und Weise, wie der Zollüberfall ins Werk gesetzt wurde, daß, wie uns versichert wird, der Reichsernährungsminister Graf Ranig auf eine Zustimmung der Gewerkschaften spekuliert.

Wie wir erfahren, hat der Reichsernährungsminister, der Boier der Zollvorlage, die Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Zollfragen eingeladen. Die Zusammenkunft soll nächste Woche erfolgen.

Der Verlauf der Besprechung läßt erkennen, wie die Regierung sich die Verteilung der Lasten „im Geiste der Gerechtigkeit“ denkt. Sie will in der Steuerfrage ebenso eine Politik gegen die Forderungen der Arbeiterschaft treiben wie in der Frage des Achtstundentages und in der Zollfrage. Sie vertritt die Politik der großen Interessentenorganisationen, deren Streben es ist, in der Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung sollen die Lasten der Durchführung der Gutachten tragen. An diesem Ziele arbeiten Reichsfinanzministerium, Reichsernährungsministerium und Reichsarbeitsministerium gemeinsam.

Art und Weise, die Methode der Zulassung Deutschlands zweifellos ohne jede Schwierigkeit zwischen Deutschland und den bisherigen Mitgliedern des Völkerbundes eine Einigung gefunden werden.

Unser Vertreter sagte hierauf, ein großer Teil der zwiespältigen Gefühle, die sich in Deutschland gegenüber dem Völkerbund regten, sei nicht prinzipieller oder gar moralischer Natur, sondern lediglich auf den Zweifel zurückzuführen, ob Deutschland nach seinem Eintritt eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung im Völkerbund werde zugebilligt werden. Darauf antwortete Lord Parmoor:

Ich kenne diese Bedenken sehr wohl. Sie sind überflüssig.

Deutschland wird im Völkerbundrat sich und Stimme erhalten.

Und zwar nicht etwa nur vorübergehend, auf Grund einer Wahl, sondern einen ständigen Sitz im Völkerbundrat.

Nach diesen Erklärungen wandte sich Lord Parmoor den weltpolitischen Folgen eines deutschen Eintritts in den Völkerbund zu und betonte mehrmals, wie entscheidend über die unmittelbare Bedeutung hinaus, ja über Europa hinaus, der Eintritt Deutschlands sein würde:

Es ist neuerdings im Zusammenhang mit den amerikanischen Wahlen viel von einer grundsätzlichen Änderung der amerikanischen Politik gegenüber dem Völkerbund die Rede gewesen. Ich möchte die kürzlich von amerikanischer Seite ausgesprochene Meinung, daß der Eintritt Deutschlands unter gewissen politischen Voraussetzungen in Amerika auch für die Stellung der Vereinigten Staaten einen Wendepunkt bedeuten könnte, persönlich sehr ernst nehmen. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, den Deutschland mit in Erwägung ziehen muß, wenn es die Bedeutung seines Schrittes richtig verstehen will.

Zuletzt wies Lord Parmoor darauf hin, daß Deutschland, das heute keinerlei Möglichkeit habe, für die Deutschen in seinen früheren Kolonien direkt zu sorgen, im Rahmen des Völkerbundes befähigt wäre, selbst zum Schutze dieser Deutschen und insbesondere der noch wichtigeren deutschen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten überhaupt zu arbeiten. Er schloß das Gespräch mit der Wiederholung seiner Hoffnung, Deutschland bald als Mitarbeiter im Völkerbund begrüßen zu können.

Deutschland und der Völkerbund.

Eine Unterredung mit Lord Parmoor.

In diesem, für das Schicksal des Völkerbundes so überaus wichtigen Augenblick, in dem bei uns das entscheidende Ringen um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einsetzt, hat Lord Parmoor, der Vertreter der großbritannischen Regierung im Völkerbundrat die Gelegenheit benützt, einige Worte an Deutschland zu richten. Seine Erklärung wird wegen ihrer Zurückhaltung und Scheu, innerdeutsche Probleme zu berühren, in Deutschland großen Eindruck machen. U. a. zeigen seine Worte mit größter Eindringlichkeit, wie sehr der Augenblick für eine deutsche Initiative herangereift ist und welche weltpolitische Perspektiven sich an den deutschen Eintritt knüpfen.

Lord Parmoor empfing den Londoner Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ in den Räumen des Privy Council (Geheimen Rats) und führte etwa folgendes aus:

Was über den Weg zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu sagen ist, das hat der Premierminister vor wenigen Tagen schon klar ausgesprochen. Ich kann es nur wiederholen und unterstreichen. Die Aufnahme in den Völkerbund ist grundsätzlich an ein Gesuch geknüpft. Der Völkerbund läßt von sich aus die aufzunehmenden Nationen nicht ein. Deutschland hat bisher ein solches Gesuch nicht eingereicht. Es muß, will es Mitglied werden, von sich aus die Initiative ergreifen. Sie wissen, daß England, daß die englische Regierung hofft, Deutschland in nicht zu fernem Zeit als Mitglied des Völkerbundes begrüßen zu können.

Auf die Frage, ob Deutschland bei einem solchen Schritte keinerlei Demütigung zu befürchten habe, da ja auch Herriots jüngste Mitteilungen in weiten Kreisen des deutschen Volkes noch nicht alle Bedenken zerstreut hätten, antwortete Lord Parmoor:

Diese Befürchtungen müssen der Vergangenheit angehören. Deutschland hat, sobald das Sachverständigengutachten in Aktion ist, keinerlei Schwierigkeiten zu erwarten. Sobald die Bewirkung des Expertenplanes begonnen hat, kann über die

Auf dem Simpelsfang.

Deutschnationale Sehnsucht nach den Arbeitern.

Der Wahlausfall am 4. Mai hat die Deutschnationalen sehr enttäuscht. Sie hatten auf einen so starken Zuwachs gerechnet, daß sie künftig entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik ausüben würden. Von dieser Enttäuschung, die in der Presse der Deutschnationalen nicht zum Ausdruck kommen durfte, legt die kürzlich erschienene Broschüre von Max Maurenbrecher: „Die Taktik der Parteien“ deutliches Zeugnis ab. Maurenbrecher konstatiert, daß die „nationale Opposition“, die in den anderthalb Jahren der Nationalversammlung ihren Einfluß verdoppelt hat, von 1920 bis 1924 trotz der zahllosen, ihr günstigen Umstände nur um 1,3 bis 1,4 Proz. der abgegebenen Stimmen gewachsen ist. Und er fügt hinzu:

„Die nationale Sache, so versichern alle nationalen Blätter, marschiert. Sie marschiert, ja; aber sie geht nicht voran.“

Auch über die Ursache dieses Mißerfolges äußert sich Maurenbrecher deutlich:

„Offenbar darum, weil wir trotz aller Leidenschaft der nationalen Begeisterung den Millionen neu zu gewinnender Wähler nicht das genügende Vertrauen zu den Vertretern der nationalen Opposition zu geben vermochten.“

„Unsere ganze völkisch-nationale Arbeit der letzten Jahre ist zu viel Versammlungsworterei und zu wenig planmäßiger tatsächlicher wirtschaftlicher Aufbau gewesen.“

Wichtiger aber als dieses zutreffende Urteil Maurenbrechers über die Nationalisten sind seine Schlussfolgerungen für ihre zukünftige Arbeit. Für Maurenbrecher ist der Marxismus erledigt, er prophezeit ihm „sicheren, unaufhaltbaren Untergang“. Trotzdem scheint er zu ahnen, daß es in Wirklichkeit nicht immer nach den Wünschen von Renegaten geht. Er bemüht sich deshalb eifrig, der „nationalen Opposition“ die Wege zu zeigen, durch die die Gewinnung der ehemaligen Marxisten möglich ist.

Dieser Teil der Broschüre von Maurenbrecher ist der interessanteste. Und wenn wir auch weit von der Annahme entfernt sind, als ob den maurenbrecherischen Phantasien übergroße Bedeutung beizumessen sei, so ist doch die Kenntnis seiner Gedankengänge, seiner Absichten und seines Urteils über die bisherigen Verjuche der Nationalisten, die Arbeiter einzufangen, recht wichtig. Maurenbrecher sieht zwei Wege, auf denen die Herrschaft der Marxisten endgültig gebrochen und die Arbeiter, die Kerntruppe der Marxisten, dem Nationalismus dienstbar gemacht werden könnte.

Der erste Weg ist der Versuch, die Arbeiter wirtschaftlich zu gewinnen. Das sei zwar bisher schon versucht worden, aber doch nicht in richtiger Weise, weder von den christlichen Gewerkschaften, noch von den nationalen Arbeiterverbänden, noch von den Nationalisten. Die Macht des Marxismus beruhe auf dem Klassengedanken. Er ergreife das Herz der Arbeitermassen und sei den Arbeitern „die blühendste Offenbarung, den Sinn ihres Lebens und den Grund ihrer Leiden zu zeigen“. Diesem Gedankengebilde müsse der Gedanke der „völkischen Wirtschaft“ entgegengesetzt werden. Ein Anknüpfungspunkt sei die „Werksgemeinschaft“.

Außer diesem Wort „Werksgemeinschaft“ weiß Maurenbrecher nichts Positives zu sagen. Aber Maurenbrecher verurteilt ausdrücklich die bisherige Praxis der nationalen Arbeiterbewegung. Den christlichen Gewerkschaftlern, vor allem den deutschnationalen Handlungsgehilfen, wirft er vor, daß sie „Gewerkschaftler“ seien und daher „Anleihen beim Marxismus“ machen. Von den Nationalsozialisten sagt er:

„Sie haben seit drei Jahren eine stark anschwellende und lärmende Agitation entfaltet; aber sie sind, je länger, je mehr, Marxisten mit jüdisch-ideologischen und auf den Freiheitskampf zustrebenden Vorzeichen geworden. Ihre ganze Agitation . . . ruht auf dem Gedanken der Klasse, ruht auf dem Gedanken, als gebe es von Natur keine andere Möglichkeit, als ob Unternehmergewinne und Arbeitslohn in sich unvereinbar entgegengesetzte Interessen seien . . . Das aber ist Marxismus, und wer diesen ersten Grundgedanken erst einmal zugibt, der kommt für den Aufbau eines wirklich Marx entgegengesetzten Gedankengebildes nicht mehr in Frage. Seine Agitation ist Stimmungs-, Augenblicks-, vielleicht Persönlichkeitsache; und die von ihm gemanneten Massen sind Flugband, der beim Auftauchen einer neuen Sensation sofort sich dorthin wendet.“

Armer Hitler, armer Ludendorff und armer Gräfe! Zwei Jahre Kampf gegen den Marxismus und doch — Förderer des Marxismus.

Wie aber soll die Werksgemeinschaft Maurenbrechers aussehen? Maurenbrecher verlangt:

1. Sie darf nie den Versuch machen, Interessen der Arbeiter gegen den Willen der Unternehmer zu vertreten.
2. Nie dürfen nationalgefärbte Arbeiter oder Angestellte mit Marxisten zusammen in eine Streikgemeinschaft treten.
3. Nie dürfen sie eine Bundesgenossenschaft mit den Marxisten eingehen.
4. Nie dürfen Blätter, Vereine oder Einzelpersonen der nationalen Opposition sich je dazu verführen lassen, auch ihrerseits von bürgerlichen oder Arbeiterparteien zu reden — denn das ist „gefährliche Anlehnung an den marxistischen Sprachgebrauch“.

Das ist das ganze wirtschaftliche Rezept Maurenbrechers. Kein Wort an die Unternehmer oder an die Staatsgewalt, daß die Interessen der arbeitenden Schichten durch soziale Fürsorge geschützt werden müssen.

Maurenbrecher also, der die Arbeiter gewinnen will, will das erreichen durch den zwangsweisen Verzicht der Arbeiter auf Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Was dem Industriellen, was dem Landwirt, dem Kaufmann, dem Bankier unveräußerliches Recht ist, soll bei dem Arbeiter Verbrechen sein. Willenslose Sklaven kapitalistischer Geldinteressen sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden. Auf diesem Wege dürfte Maurenbrecher genau so Schiffbruch leiden wie bisher seine deutschnationalen Freunde.

Maurenbrecher scheint das auch selbst zu ahnen, denn den zweiten Weg, den er vorschlägt, erörtert er mit viel mehr Liebe und Sympathie. Dieser Weg ist die Bundesgenossenschaft mit den Kommunisten! Sie strebt er mit aller Kraft an, wie folgende Zitate zeigen:

„Die Gewerkschaftsbureaucratie ist niemals zu gewinnen, aber die kommunistische Masse könnte vielleicht in letzter Stunde noch sich entscheiden, nicht als Gegner, sondern als Bundesgenosse der nationalen Opposition zu kämpfen... Das Sachverständigengutachten ist von den Kommunisten stärker verworfen worden, als z. B. von Herrn Hergt in seinem ersten Regierungsprogramm.“

„... Es ist also auch hier... eine Bundesgenossenschaft der nationalen Opposition mit den Kommunisten durchaus nicht unmöglich.“

„Die nationale Opposition muß... ein zeitweises Zusammengehen auch mit den Kommunisten betrachten.“

Die Kommunisten sind also die einzige und wichtigste Hoffnung der Rationalisten bei ihrem Drang zur Futterkrippe. Ohne sie würde die „nationale Opposition“ in ihrer Einschlafigkeit deutlich erkennbar sein. Gleichzeitig aber zeigen die Gedankengänge Maurenbrechers, daß die Rationalisten die stärksten Förderer der kommunistischen Bewegung in Deutschland sind. Ohne die verbrecherische Gefährdung der Republik durch den deutschen Nationalismus, ohne seine Gefährdung der Verständigungsbestrebungen der Völker Europas und ohne seine kapitalistische Geldheutepolitik würden die Kommunisten nur einen Bruchteil ihres jetzigen Einflusses besitzen.

Die Schrift Maurenbrechers, die trotz ihrer verschrobenen und utopischen Erwartungen einen wertvollen Einblick in die nationalistiche Phrasologie eröffnet, muß deshalb ein Ansporn sein, die Arbeiterklasse sowohl vor dem Nationalismus zu bewahren als auch den Kommunismus als seinen Förderer zu entlarven.

Regierung und Achtfundentag.

Stresemann gegen das Washingtoner Abkommen.

Die Regierung hat es bisher nicht für nötig gehalten, zur Internationalen Arbeitskonferenz in Genf Stellung zu nehmen. Die durch das Wolff-Bureau verbreiteten, über die Tatsachen irreführenden offiziellen Mitteilungen während der Tagung der Konferenz können nicht das einzige sein, was das Reichsarbeitsministerium zu sagen hat. Nach den ernsthaften Darlegungen auf der Konferenz, nach den ersten, auf eine Verständigung abzielenden Anregungen des Direktors des Internationalen Arbeitsamts ist die Regierung zu einer Darlegung ihres Standpunktes in der Öffentlichkeit verpflichtet.

Statt einer amtlichen Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums erhält die Öffentlichkeit einige Sätze einer Rede, die der Reichsaußenminister Stresemann in Elberfeld gehalten hat. In dieser Rede führte er nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ aus:

„Zur Arbeitszeitfrage äußerte er, daß eine internationale Regelung sicherlich grundsätzlich begrüßenswert sei. Vor-

aussetzung einer solchen Regelung sei aber gleiche Leistungspflicht und -fähigkeit der Völker. Daher könne gegenwärtig eine internationale Festlegung auf eine bestimmte Arbeitszeit nicht in Betracht kommen.“

Der Reichsaußenminister hat demnach mit klipp und klaren Worten ausgesprochen, daß die Reichsregierung das Abkommen von Washington nicht zu ratifizieren gedenkt. Diese Erklärung wird die internationale Atmosphäre nicht minder trüben als die Ausführungen Stresemanns über die Entscheidung über die Gutachten in derselben Rede.

Ebenso stark wie der Inhalt zeigt die Form dieser Erklärung eine empörende Mißachtung der deutschen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, die im Achtfundentag eins ihrer höchsten Ziele erblicken und deshalb die Ratifizierung des Abkommens von Washington fordern. Wir sind überzeugt, daß die Mehrheit des Volkes die Ratifizierung will. Das Reichsarbeitsministerium hält es nicht für nötig, seine Stellung mitzuteilen und zu begründen. Statt dessen wirft Herr Stresemann einige Worte der Ablehnung hin — noch dazu auf einer Tagung der reaktionärsten Gruppe der Industriellen.

Das ist allerdings symbolisch: im Kreise der Scharfmacher und Interessenten, im Kreise der Gegner des Achtfundentages aus dem Unternehmerlager läßt die Regierung erklären, daß sie das Abkommen von Washington nicht ratifizieren will.

Deutschnationale für Geschworenenwillkür.

Zahrelang hat die rechtsgerichtete Juristenwelt einen erbitterten Kampf gegen die Schwurgerichte geführt und ihre Forderung auf Beseitigung des Instituts damit begründet, daß die Geschworenen sich nicht an die Vorschriften des Gesetzes hielten, sondern willkürlich abwichen und häufig durch Freispruch bei erwiesener Schuld das Begnadigungsrecht für sich in Anspruch nahmen. Durch die Emminger-Berordnung sind die Schwurgerichte beseitigt und durch gemischte Gerichte, die fälschlich Schwurgerichte heißen, ersetzt worden. Ein solches Gericht hat im Graff-Prozess die Angeklagten zum Tode verurteilt. In seiner Urteilsbegründung hat das Gericht klar ausgesprochen, daß die nationale Einstellung der Angeklagten kein Grund zu einem Freispruch sein könne, denn das Gericht habe nach dem Gesetz zu urteilen, es müsse den Tatbestand feststellen, mit dem Gesetz vergleichen und dann das Gesetz entsprechend anwenden.

Ueber diese — eigentlich selbstverständlichen — Ausführungen ist die „Deutsche Tageszeitung“ ganz aus dem Häuschen. Sie schreibt:

„Sie (die Geschworenen) wie die Richter hielten es für unangenehm, die Motive und die besonderen Rechtsumstände bei der Tat mitzuprägen zu lassen. Sie taten das offenbar aus dem Empfinden heraus... daß strafbare Handlungen genau nach den geltenden Rechtsnormen und -begriffen abgeurteilt werden müssen. Die Geschworenen kamen auf diese Weise zu einem schärferen Urteil, als es gemeinhin bei Laienrichtern, bei denen leicht menschliche Empfindungen zu wecken sind, üblich ist. Und damit gaben sie dem innersten, natürlichsten Rechtsempfinden des Menschen, das trotz Wissenschaft und Tradition zu allen Zeiten der Ursprung jedes Rechtsbegriffes bleiben muß, den Todesstoß.“

Dieser Schrei nach Gefühlsgerechtigkeit und Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften entbehrt nicht der Komik. Gerade die Deutschnationalen haben die Abschaffung der Geschworenengerichte in ihrer ursprünglichen Form, zuletzt noch bei der Justizdebatte im Preussischen Landtag, wärmstens verteidigt. Jetzt, wo ihnen ein einziges Urteil nicht paßt, möchten sie an alle Anschlagssäulen kleben: „Schwurgerichte! kehrt zurück! Es ist alles vergeblich!“

Die Nachwahl in Obersachsen ist vom Reichsminister des Innern auf Wunsch der preussischen Verwaltung vom 14. September auf den 21. September verlegt.

Severing über Ostpreußentreue.

Zur vierten Wiederkehr des Abstimmungstages für Ost- und Westpreußen hielt der preussische Minister des Innern Severing durch Rundfunk am 11. Juli eine Rede, der wir folgendes entnehmen:

Ich war Zeuge des unbefehlichen Jubels der ost- und westpreussischen Bevölkerung, als es im August 1920 gelang, die Gebiete wieder in preussische Verwaltung zu übernehmen. Der leise Unterton dieses Jubels war damals das Gebetswort, nicht nur an einem Tage mit dem Stimmzettel in der Hand sich für Deutschland zu bekennen, sondern an allen Tagen für Deutschland und Preußen auf der Wacht zu sein.

Am 28. April 1924 hat der polnische Staatspräsident bei der Eröffnung der Posener Messe gesagt:

„Wir haben viel errungen, was uns gehört; aber noch nicht alles, noch nicht alle polnischen Gebiete. Noch sind nicht alle Länderstücke, die zu unserer vollen Existenz notwendig sind, mit dem Mutterlande vereinigt.“

Man braucht diesen Worten keine übertriebene Bedeutung beizumessen. Man kann sogar der Meinung sein, daß der Staatspräsident diese Worte nur gesprochen hat, um diejenigen polnischen Kreise zu trösten, die infolge der üblen wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Landes an seiner Zukunft irre werden. Aber welche Bedeutung man auch den Worten des Staatspräsidenten geben will, eines geht aus ihnen klar hervor: daß es immer noch Kreise gibt, die sich mit den Grenzen des heutigen Polen nicht zufrieden geben und eine weitere Ausdehnung ihres Landes erstreben. Der polnische Staatspräsident hat auch davon gesprochen, daß die polnische Finanzaktion dazu dienen werde, die polnische Armee auf einen besseren Stand zu bringen. Das sind Lüge, die bei uns nicht recht verstanden werden, die wir aber auch nicht für richtig halten. Selbst mit der besten Armee kann man eine zusammengebrochene Wirtschaft nur sehr schwer wieder aufrichten, und darüber hinaus wissen wir, daß, wenn wir im Westen zu einer Entspannung kommen, auch im Osten mit unseren unmittelbaren Nachbarn kriegerische Verwicklungen unwahrscheinlicher werden.

Aber trotzdem gilt es auf der hiesigen Ost- und Westpreußen ihren Siegestag nicht in einem schwächlichen Gedenken des schönen Erfolges vom 11. Juli 1920 begehen, sondern in dem unerfütterlichen Ernst: unbeschadet aller parteipolitischen, konfessionellen und Standesgegensätze fest zusammenstehen in dem einen Ziele, Ostpreußen ewig beim Reich und bei Preußen als festes Bollwerk des Deutschtums zu erhalten!

Beschlüsse zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten lehnte in seiner Sitzung am Freitag die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten ab, die die Erwerbslosenfürsorge auf den doppelten und zweieinhalbfachen Betrag erhöhen sollten. Für diese Anträge stimmten außer den beiden Parteien auch die Nationalsozialisten. Darauf wurde der Antrag der Mittelparteien angenommen, daß die Hauptunterstützungen von 20 bis 25 Proz. erhöht werden. Die Familienzuschläge wurden um 100 Proz. erhöht. Ferner lag ein Antrag der Deutschnationalen vor, die Spanne zwischen weiblichen und männlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren aufzuheben. Auf Antrag der Genossen Schröder wurde die Begrenzung „unter 21 Jahren“ abgelehnt und dadurch der Antrag in der Fassung angenommen, daß die Spannung für alle Erwerbslosen beseitigt ist. Ebenso wurde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen, daß als Grundlohn für die Krankenversicherung der Arbeitslosen nicht mehr der einfache, sondern der doppelte Betrag der Unterstützung anzusehen ist. Weiter wurden dann die sozialdemokratischen Anträge auf die allgemeine Unterstützung der Kurzarbeiter abgelehnt.

Endlich hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zur Krankenversicherungspflicht der Seefleute auf dem Wege der Verordnung bestimmt werde, daß die erwerbslosen Seefleute der Erwerbslosenfürsorge unterstellt werden. Der Arbeitsminister erklärte, daß der Gesetzesentwurf bereits bearbeitet und dem Reichstage in kurzer Zeit zugehen werde.

Der Ausschuß beriet in seiner Freitagssitzung die Fürsorgepflichtverordnung, die wohl von allen unter dem Er-

Friz Reuter und Klaus Groth.

Zu Reuters 50. Todestage.

Von Dr. Willy Pieth, Lübeck.

„Nu is he bin, de Mann, de so Wole heit lachen mocht, dat e Thranen weenten; nu is he bin, den Weg lant, den Jeder allesen geit, un nun wo he nich wadder kumt. Se hebbt em herut drogen vergangen Ritwoken, snumms un still, den Mann, de der spraken kunn, do he leo, as ünner hundertbüsend nicht Gen; un Wole mocht he to woen, do he still moog, de mit em lacht hebbt as mit nich Gen.“

Se hebbt Friz Reuter begraut op den Karchof bi de Wartborg; een vun de größten Dichters is hin un singt nie mehr... Wer söben Jahr op de Festung sit in sin letzten Jahren, un noch tein achterer Hunger und Kummer lit: dat mußt en Held sin, de denn gewerhaupt den Kopf noch boden heit, — mehr noch as dat, wenn he oewer allen Sommer spöken, aewer den Kummer lachen kunn, vengelen wat achter em liget, Arger und Groth affschütten un Freud an de West un Lev gegen Wüsches lit bewahren, as hore he nig beswet as Gump un Gild... Wi hebbt sime Wiken un hatt un kriegt em nich wedder... fällt de ol Goethe word em dar boden de Hand recken, wenn't moogli, un em en Blaz neben sit sei maken... Aeworigens harrn wir uns wat maht holt un wrongelt. Denn it weer toert utorfreden, dat en Mann as he blot Anekdoten to'n Spöck vertell, muochen se noch so gut vertell sin; un it sa em lut „op offenbarliche Strat“, dat he höger langen muß, denn he kunn dat.

Frizing war dann flüsch, un schrew sin „Ole Kamellen“. Wat denn? Kann man en leben Wüsches opweisen, den man an de Knop kennt as Onkel Brösig? Und wenn de nich mehr utweden harr, as disse een, man mußt doch seggen: Keen harr uns Norddütsche so int Hart kelen as he...“

Ru mocht he nich ünnergan de ole frame Red,

oder wenn se't deit, ward se er Bestet oewerlewert hebbn in de grote Reichshof, Awer of denn noch ward de „Ole Kamellen“ in er Art lest wann as nu noch de Riblungen in de ere, un en Nam, nich utwischen, der woer: Friz Reuter.“

So rief Klaus Groth dem großen Entschlafenen in der „Gegenwart“ 1874 nach. Diese warmen Worte kamen von Herzen. Aus Friz Reuters, Klaus Groths und Brindmanns Briefen an Eduard Hübner erblickt man, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden bedeutendsten niederdeutschen Schriftstellern, die beiderseitig keineswegs frei ungetrübt waren, durch beiderseitiges Einsitzen später erleichter gestaltet und zu einem guten Einvernehmen führten. Sie haben sich auch für Friz Reuters poetisches Schaffen fruchtbar erwiesen.

Klaus Groth war auf dem besten Wege gewesen, sich zum Diktator auf dem Gebiete der plattdeutschen Schriftsprache aufzuschwingen. Persönliche Eitelkeit mag dabei zum guten Teile im Spiele gewesen sein, eine nicht geringe Triebfeder aber war auch seine ehrliche Begeisterung für die Dialektsprache seiner Heimat, die er zu hohen Zielen zu führen bestrebt war. Hierfür aber erschien ihm als unerlässliche Bedingung, daß niederdeutsche Dichter nur edle Stoffe wählen.

Da kam nun Friz Reuter mit seinem größeren Göttingerwerk, den

„Läuschen un Rimels“, heraus, denen der Schalk hinter dem Ohr laß, die mit ihren derbkomischen Motiven die ganze Groth'sche Theorie ins Gesick schlugen. „Durch und durch gemein“ erschienen ihm diese Gedichte, sie zeugten ihm von „Düngerbegeisterung, von Rohheit, die eine Sünde sei für einen Voltschriftsteller.“ Seine gänzlich abweisende Kritik in den „Briefen über Hochdeutsch und Plattdeutsch“ (1888) beantwortete Friz Reuter ein Vierteljahr später. Die Antwort war so scharf vornehmlich wie scharf. Der Bruch zwischen beiden war nur durch ein Ginkeln Wegs zu beseitigen. Friz Reuter kam ihm dabei auf halbem Wege entgegen mit seiner „Franzosenid“ und später mit „Hanne Rüte“, die den Anforderungen Groths viel näher kamen und sein wärmstes Lob im „Allonoer Mercur“ fanden.

In der Tat sehen wir in der „Franzosenid“ einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den anspruchslosen „Läuschen un Rimels“, die Groth so verkannte, denen er überhaupt — wir müssen jetzt darüber lächeln — keine Lebensdauer prophezeite.

In der „Franzosenid“ finden wir den kunstvollsten Aufbau unter allen Werken Reuters, während die „Stromtid“ alle anderen an Charakterzeichnung, Witzschimmer, lebender Darstellung und Stoff übertrifft. Auch Klaus Groth konnte sich dem Eindruck nicht verschließen, den die „Franzosenid“ auf jedermann ausüben muß, und bereitwillig ergriff er die Gelegenheit, ein gutes Verhältnis zu Friz Reuter wieder anzuknüpfen.

Bei seiner äußerst anerkennenden Besprechung des neuen Wertes kommt er auf diesen Streit wieder zurück, um an dem Erstlingswerke Reuters das neue zu messen: „Ich habe Friz Reuter einmal aus innerster Ueberzeugung für seine „Läuschen un Rimels“ weh tun müssen, ich konnte nicht anders, als ihm sagen, daß man auf Kosten der Würde des Volkes nicht lachen dürfe“, sagt er dort, um im Hinblick auf die „Franzosenid“ fortzusetzen: „Eben... daß der rechte Ernst die Folie bildet, daß Würde und Wert der Personen dabei nicht untergeht, ist der Unterschied von den früheren Produktionen Friz Reuters. Bei allem Lachen wird es dem Leser an einer Träne nicht fehlen.“

Die bereitwillig Friz Reuter dem Gedanken einer Ausöhnung mit Klaus Groth näher trat, zeigt uns sein Brief an Ed. Hübner vom Anfang November 1880, in dem er schreibt: „Mit wirklichem Vergnügen vernehme ich, durch Ihre Güte, daß Groth an eine Ausöhnung denkt. Wer mich irgendwie genauer kennt, der weiß, daß ich gern mit aller Welt in Frieden lebe und keinen Groth nachtrage. Hat mich Groth einmal, wie ich gesehen muß, nach meiner auch noch bestehenden Ansicht ungerathener Weise tief verletzt, so hat er später sich in so freundlicher Weise gezeigt, daß ich völlig ausgefohnt bin.“ Nachdem der Streit zwischen den beiden Dichtern beigelegt war, konnte man auch dem lange gehegten Wunsch näher treten, einen Kongress plattdeutscher Dichter zu berufen. Klaus Groth spricht hiervon in einem Briefe vom 8. Dezember 1880. Hübner wollte die Zusammenkunft vorantreiben; auch Reuter war nicht abgeneigt, ohne sich jedoch allzuviel Erfolgs von dem ganzen zu versprechen, doch fügt er hinzu (November 1880): „Ich werde mich aber so einzurichten suchen, daß ich rechtzeitig zu diesem plattdeutschen Arvopog eintröffe. Fordern Sie indessen so John Brindmann dazu auf; er ist ein sehr braver und tüchtiger Mann, den ich dort nicht missen möchte.“

Daß sich Reuter nicht allzu große Hoffnungen auf den Erfolg des Kongresses machte, lag zum guten Teil wohl darin begründet, daß ihm die Fähigkeit keineswegs unbekannt war, mit der Klaus

Groth die von ihm aufgestellte und für die einzig richtig gebotene Orthographie bei allen plattdeutschen Schriftstellern durchzuführen geneigt war. Dazu kam die einseitige Ansicht Groths über die Stoffe, die in niederdeutschen Schriften behandelt werden sollten.

Sein „Quidsborn“ gibt Groths ganzer Richtung sprechenden Ausdruck. „Reine Mutterprache ist mein Heiligum“, schreibt er im Briefe an Hübner vom 1. November 1880. „Sie können mir ihr Lob nicht laut singen, ich sinne immer ein...“ Friz Plattdeutsche handelt es sich zunächst darum, den Ubel der Sprache, die Groth so reiten. Darauf steure ich immer los, alles andere ist für von selbst. Ich habe sogar deshalb meine Neigung zum Grothomischen unterdrückt und im „Quidsborn“ weniger davon gegeben, als ich möchte.“

Einen wirklichen Erfolg hat Groth mit seinen orthographischen Plänen nicht erzielt, um so mehr, als er Reuter für seinen Plan nicht gewinnen konnte.

Ueber das sie Trennende hinweg reichten sich jedoch beide Männer die Hand, und voller Wärme und Trauer und Stolz rief Klaus Groth dem toten Weggeführten das schöne Wort nach, das wir freudig aufnehmen: „Keen harr uns Norddütsche so int Hart kelen as he!“

Einen schweren Weg, eine harte Schule des Lebens oder mußte Friz Reuter, der Wäntzer der schwarz-rot-goldenen Ideale durchlaufen, bis er jene lebenswahren Gestalten schaffte und sich jene über den Dingen stehende Lebensweisheit, jenen köstlichen Humor als Lebensgefühl erringen konnte, die aus allen seinen Werken zu uns sprechen und in uns herzbefreiendes Bahren oder tiefe Erschlüderung wachrufen. Nicht zuletzt seine von Groth verworfenen bescheidenen „Läuschen un Rimels“ haben ihm im Sturm die Herzen des Volkes erobert. Selten hat ein Dichter so wie Friz Reuter gerade den Mann des Volkes in seinem Tun und Treiben, in seinem Denken und Fühlen aufmerksam beäugelt, ihm seine Alltagsorgen und seine Herzensfreudigkeit so gut aus der Seele gelesen und Hunderttausenden das Dofein, dessen einseitige Tagesarbeit sie zu jermahlen droht, durch seine Dichtungen verschönt. Sein Werk lebt und wirkt in den Herzen seines Volkes.

Friz Reuter und die Spieker.

Am 12. Juli werden besonders die Mecklenburger sich ihr Recht nicht nehmen lassen, Friz Reuter, ihren großen Bandmann besonders zu feiern. Sie, derrer er so oft auch in Satiren gedachte und die er verspottete, besonders in seinen jungen Jahren, wo er sich mit aller Kraft gegen die reaktionäre Gesehmung wendete, die in seiner geliebten Heimat herrschte.

Die freiherrliche Entwicklung Mecklenburgs im Jahre 1848 hatte bereits ein Jahr darauf schwarze Reaktionen Platz machen müssen. Hatte man bereits Reuter in den Jahren 1845 bis 1846 in dem von B. Noabe herausgegebenen „Mecklenburgischen Volksbuch“ die mehr als patriotischen Zustände seines Mutterlandes verspottet und mit Satire übergoßen — obgleich damals die Zensur scharf aufpaßte —, so ließ er doch im Jahre 1849 eine zweite Satire gleicher Art hinausgehen. Es handelte sich um die Schilderung des feierlichen Einzuges der Gräfinlich Hohnfischen Familie ins Dorf. Reuter erzählt in Form einer Bänfelsängerballade in der „Rostocker Zeitung“, wie die hohen Herrschaften am Nachmittage ins Dorf fuhren, um von den Untertanen den schuldigen Tribut einzufordern. Dabei passierte es ihnen dann, daß die beiden Inspektoren

Der Senat für Herriot.

Fast einstimmiges Vertrauensvotum.

Paris, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat hat am Freitag die am Donnerstag nach der vierstündigen Rede Poincarés unterbrochene außenpolitische Debatte fortgesetzt. Als erster Redner sprach der Senator Dauzet, einer der besten Kenner der französischen Finanzen, über die Rückwirkungen des Sachverständigen-Gutachtens auf die finanzielle Lage Frankreichs. Deutschland, so führte er aus, hat im ganzen bisher etwa 8 bis 10 Milliarden auf Reparationskonto gezahlt, aber sein Zahlungswille habe von Jahr zu Jahr abgenommen. Der Sachverständigenplan habe vor allen früheren Lösungsversuchen voraus, daß er Frankreich wenigstens ein Minimum jährlicher Leistungen sichere. Er halte zwar die französischen Ansprüche prinzipiell in voller Höhe aufrecht, aber das lediglich auf dem Papier. Für Deutschland habe er den Vorteil, daß er dessen Verpflichtungen auf die Dauer von 36 Jahren festlege. Der deutschen Regierung nehme er allerdings damit zu gleicher Zeit eines der wirksamsten Argumente, dessen sie sich bisher gegen die Erfüllung ihrer restlichen Verpflichtungen bedient habe. Das Wichtigste sei, daß die strikte Durchführung des Sachverständigenplanes in allen Einzelheiten sichergestellt werde. Die Ueberweisung der von Deutschland getätigten Zahlungen sei unmöglich, wenn, wie in früheren Jahren, das System der deutschen Sachleistungen nicht voll ausgenutzt werde. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß von den 900 Millionen Naturalieferungen, auf die Frankreich im Jahre 1922 Anspruch hatte, nur 200 Millionen zur Ausführung gelangt seien, und zwar nicht ganz ohne Schuld der zuständigen französischen Stellen.

Nach Dauzet bestieg

Herriot.

von der Linken mit demonstrativem Beifall begrüßt, die Tribüne, um die großen Linien seiner auswärtigen Politik darzulegen. Er habe sich eben bei seinen Verhandlungen mit Macdonald vor allem von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß das Wichtigste die Herstellung der völligen Einigkeit unter den Alliierten sei. Die Reparationsfrage müsse endlich

aus der Domäne der Politik in die der Wirtschaft

überführt werden. Nur wenn dieser Grundsatz zur Geltung gebracht würde, werde es gelingen, das Reparationsproblem zu lösen und Frankreich die erwarteten deutschen Zahlungen zu sichern. Herriot erkannte an, daß eine der Hauptschwierigkeiten des Sachverständigenplanes in der Frage der Ueberweisung der deutschen Zahlungen liege. Eine Lösung dafür sei bisher nicht gefunden worden. Deshalb habe man die Einsetzung eines besonderen interalliierten Ausschusses zum Studium dieser Frage beschlossen. Schließlich teilte Herriot mit, daß die Regierungen von Italien und Belgien bereits mitgeteilt hätten, daß sie die ihnen von der französischen und englischen Regierung gemachten Vorschläge anzunehmen bereit seien.

Ueber die Rede Herriots meldet ferner die Telegraphen-Union u. a.:

Herriot sagte: „Wenn wir uns über den Dawes-Plan nicht verständigen, müssen wir dann erneut die Absperrung des Ruhrgebietes und die Massenarbeitslosen beschließen? Nein! Die französische Regierung muß sich beilegen, das französisch-belgische Abkommen durch eine interalliierte Verständigung zu ersetzen. Wir hätten das Problem aufheben können. Das wäre vielleicht schlaun gewesen, auf keinen Fall aber mutig. Deutschland wird übrigens kommenden Januar seine wirtschaftliche Freiheit uns gegenüber zurückgeben. Unsere Interessen und diejenigen des Elches können gefährdet werden, besonders diejenigen der befreiten Provinzen, wenn es bis dahin nicht zu einer Verständigung kommt. Es kommt also darauf an, ein Einvernehmen zwischen den Verbündeten hinsichtlich der Ausführung des Sachverständigenplanes schnell zu verwirklichen.“ Herriot erklärte dann, daß, wenn man den Plan annehme, man auch seine Grundzüge annehmen müsse, und einer der hauptsächlichsten bestände darin, daß das Reparationsproblem von nun ab auf einen wirtschaftlichen Boden verlegt werde.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede entwickelte sich zwischen Herriot und Poincaré eine Debatte über die Haltung Frankreichs in der Vergangenheit in der Frage der deutschen Sachlieferungen.

Paris, 11. Juli. (W.B.) Die von den Vorstehenden der demokratischen Linken und der republikanischen Union (also von den beiden Hauptgruppen des Senats. Red. d. „B.“) eingebrachte Tagesordnung hat folgenden Wortlaut:

„Der Senat bestätigt noch einmal mehr, daß Frankreich der

Friedenssache aufs innigste ergeben ist. Er spricht sein Vertrauen in die Regierung aus, daß sie im Einverständnis mit den Alliierten die Ausführung des Versailleser Vertrages verfolgen wird, der Frankreich Reparationen und Sicherheit gewährleistet. Der Senat tritt zur Tagesordnung über.“

Herriot hat die Vertrauensfrage gestellt. Bei der Abstimmung wurde die Vertrauensfrage mit 245 gegen 18 Stimmen angenommen.

England warnt die Reichsregierung.

Der Erfolg der Wiesmäherei.

London, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die englische Regierung ihren Botschafter in Berlin angewiesen hat, die Reichsregierung auf die Gefahren hinzuweisen, die entstehen müssen, wenn die deutsche Regierung in offiziellen Auslassungen das Ergebnis der Pariser Konferenz verzerrt wiedergibt und dadurch pessimistische Ansichten verbreitet.

Es ist ganz selbstverständlich, daß der angebliche Schritt der englischen Regierung nur als ein freundschaftlicher Rat und nicht als eine Einmischung in die Geschäfte der Reichsregierung betrachtet werden kann. Tatsächlich sind durch angeblich offiziöse Mitteilungen nicht nur in Deutschland, sondern auch über unsere Grenzen hinaus Auffassungen verbreitet worden, die eine Gefährdung der Verständigungspolitik bedeuten, indem sie zur Stärkung der Reaktion in Frankreich dienen. Dr. Stresemann ist an dem Rat der englischen Regierung nicht ganz unschuldig. Für das Reich wäre es zweifellos besser, wenn auch er in einer Zeit außenpolitischer Komplikationen, in denen wir uns augenblicklich befinden, das Reden ersparen würde, das ihm offenbar das Wohlwollen der Deutschnationalen zurückgewinnen soll.

Zum Parmoor-Interview.

Zu dem auf der Titelseite dieser Nummer stehenden Interview mit Lord Parmoor schreibt unser Londoner Korrespondent noch:

Die Worte, die sich auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als gleichberechtigtes Mitglied bezogen, wurden eindeutig ohne jede Klausel ausgesprochen und von Lord Parmoor, nachdem er sie in englischer Sprache gesprochen, auf französisch wiederholt. Lord Parmoor kennt die Personen und Auffassungen, er ist der letzte, solche Worte etwa über die Köpfe der Franzosen hinwegzusprechen. So bedeutet diese Feststellung die unerbittliche und durch keinerlei Demagogie hinweg zu disputierende Tatsache, daß man sich in den maßgebenden Stellen des Völkerbundes hierin einig ist und bisher nur eine gewisse passive Resistenz an maßgebender deutscher Stelle verhindert, daß dieser Tatbestand bisher die Völkerbunddiskussion in Deutschland noch nicht entscheidend beeinflusst hat. Entweder wußte man diese Tatsache an maßgebender Stelle, und dann war es mißlich gesprochen eine Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung, sie nicht mit allem Nachdruck dem deutschen Volk bekanntzugeben, oder man wußte sie nicht, dann möge man diejenigen, welche die Reichsregierung in Völkerbundfragen auf dem Laufenden halten, schleunigst zum Teufel jagen und durch Personen erlegen, die ein inneres Interesse und nicht eine innere Egoismus zum Völkerbund mit ihrer verantwortlichen Tätigkeit verbinden!

Befestigungsreform.

Brüssel, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Regierung hat einen höheren Militär nach Paris entsandt, um dort mit Marshall Foch über gewisse, mit der Befestigung der deutschen Gebiete in Zusammenhang stehende Fragen zu verhandeln. Wenn wir recht unterrichtet sind, handelt es sich dabei in erster Linie um eine in Aussicht genommene neue Verringerung der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet sowie um die Einzelheiten der Umwandlung der gegenwärtigen Art der Besetzung in die sogenannte unsichere Okkupation.

Der amerikanische Schiedsrichter.

London, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Owen Young, Mitglied des Dawes-Komitees, wird als Hauptfachverständiger Amerikas an der Konferenz in London teilnehmen. Young ist auch als „Schiedsrichter“ im Falle deutscher Verfehlungen vorgesehen.

Der tapfere Henning.

Der mutige Vorkämpfer für deutsche Freiheit, der „Bade-direktor“ Henning, entwickelt als Reichstagsabgeordneter auch sonst ungewöhnlich großen Mut. So hat er vor Jahren den Vorsitzenden des Nordwestdeutschen Feuerleiterverbandes, den Genossen Heiling, unter dem Schutze der Immunität öffentlich auf Versammlungen und in lokalen Zeitungen schwer beleidigt. Als Genosse Heiling ihn daraufhin verklagte, erschien er zu den beiden vom Gericht angeetzten Terminen nicht, sondern schickte nur ein Schreiben, in welchem er erklärte, daß ihm vom Reichstag die Aufhebung seiner Immunität verweigert sei. Dabei hatte der Herr Abgeordnete seine Verleumdungen und Beleidigungen ausdrücklich unter Berufung darauf losgelassen, daß er in einem Prozeßverfahren auf seine Immunität verzichten werde. Es ist halt doch eine schöne Sache um den Parlamentarismus. Selbst „prinzipielle Antiparlamentarier“ müssen ihn manchmal ganz gerne aus.

Für die Reichseinheit.

Nürnberg, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Bezirksleitung Nordbayern des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat sich unter Hinzuziehung seiner Ortsgruppenleiter und deren Ausschüsse mit dem Beschluß des Bayerischen Landtags, die Eisenbahnen wieder in eigenen Länderbetrieb zu übernehmen, beschäftigt und kam dabei zu folgendem einmütigen Beschluß: „Der größte Teil des Eisenbahnpersonals, organisiert im Deutschen Eisenbahnerverband, steht unerschütterlich auf dem Standpunkt der Einheitlichkeit der deutschen Reichseisenbahnen. Eine Zurückgabe der Eisenbahn an Bayern würde nicht nur allein für das Eisenbahnpersonal von Schaden sein, sondern stellt zugleich den Bruch der Einheit des Deutschen Reiches dar. Dagegen wendet sich der größte Teil der bayerischen Eisenbahner mit aller Schärfe. Die Ansicht, daß geordnete Verhältnisse nur auf der Grundlage der Republik und eines festzusammengesetzten Deutschen Reiches erfolgen können, vertritt nicht nur das Eisenbahnpersonal in seiner Gesamtheit, sondern auch die überwiegende Mehrheit der ganzen bayerischen Bevölkerung. Aus diesem Grunde ersuchen wir das Reichskabinett bzw. das Reichsverkehrsministerium, mit aller Entschiedenheit allen Lösungsbestrebungen entgegenzutreten.“ Auch in Südbayern haben die Ortsgruppen des D.E.V. ähnliche Beschlüsse gefaßt.

mäßigungsgeheh erlassenen Verordnungen mit am heftigsten bekämpft worden ist. Alle Fraktionen waren sich in der Beurteilung der Ausführung dieser Verordnung seitens der Länder einig und gaben dem in außerordentlich scharfer Weise im Ausschuss Ausdruck. Es lag außer von unserer Fraktion noch von der kommunistischen Fraktion ein Antrag auf Aufhebung der Verordnung vor. Diese Anträge hatten den Sinn, eine Umgestaltung der Verordnung dergestalt zu erreichen, daß ihre Schäden so schnell wie möglich beseitigt werden und, falls das von der Mehrheit abgelehnt würde, den Versuch der Aufhebung zu machen. Von sozialdemokratischer Seite wurden ganz besonders die Schäden hervorgehoben, die durch die Entscheidung von Beschwerden in den kleinen Kreisen, sogar Gutsbezirken, entstehen, sowie durch die Nichtberücksichtigung von Vertretern der Fürsorgepflichtigen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte deshalb eine Entschließung eingebracht, die die Reichsregierung ersucht, umgehend reichsrechtliche Vorschriften über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht zu erlassen und sie vor Erlass dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vorzulegen. Dabei soll besonders dafür gesorgt werden, daß über Beschwerden eine Stelle entscheidet, die außerhalb des Bezirksfürsorgeverbandes liegt, daß dabei aber hinreichende Vertretung aus den Kreisen der Hilfsbedürftigen sichergestellt wird, und daß es den Landesfürsorgeverbänden ermöglicht wird, für eine einheitliche und zweckmäßige Durchführung der Fürsorge in ihrem Bereich zu sorgen. Außerdem sollen die zu erlassenden Grundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der zu gewährenden Fürsorge vor Erlass dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages zur Zustimmung vorgelegt werden, und drittens soll die Reichsregierung, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden verpflichten, von den ihnen überwiesenen Anteilen aus Reichseinnahmen mindestens einen vom Reichsarbeitsminister nach bestimmten Grundzügen festzulegenden Satz zur Durchführung der Pflichten der sozialen Fürsorge zu verwenden. Das Reich soll die Länder verpflichten, Mindestsätze für die Unterstützung zu bestimmen; insbesondere dürfen die Sätze der Wochenfürsorge nicht geringer als die Höhe der Familienwochenhilfe sein. Stellen die Länder solche Mindestsätze nicht innerhalb einer angemessenen Frist fest, so erläßt das Reich entsprechende Bestimmungen.

Außer diesem Antrag waren noch eine Reihe von Abänderungsanträgen von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion gestellt. Nachdem aber der Reichsarbeitsminister die Erklärung abgegeben hatte, daß er die im sozialdemokratischen Antrag geforderten reichsrechtlichen Vorschriften innerhalb sechs Wochen dem Reichsrat und dann auch dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vorlegen würde, erklärten wir uns im Hinblick auf die Tatsache, daß es kaum vor Verabschiedung des Sachverständigengutachtens möglich sein würde, im Plenum des Reichstages eine Einzelberatung der Fürsorgepflichtverordnung zu erreichen, damit einverstanden, unsere Abänderungsanträge bis nach Fertigstellung der Ausführungsbestimmungen zurückzustellen und dann auch von ihrem Vorkauf abhängig zu machen, ob wir auf die Beratung unseres Antrages auf Aufhebung der Verordnung zurückkommen wollen. Daraufhin wurde unser oben im Wortlaut wiedergegebener Antrag mit großer Mehrheit angenommen und beschloß eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, auf die Länder in Anwendung der Artikel 9 und 15 der Reichsverfassung mit allem Nachdruck einzuwirken, damit die Ausführung der Fürsorgepflichtverordnung durch die Länder und Gemeinden so geschieht, daß dem Sinn und Zweck der bisherigen reichsrechtlichen Regelung, insbesondere in bezug auf den Personenkreis und auf Art und Umfang der Fürsorge unbedingt entsprechen wird.

Im Thüringer Landtag haben unsere Genossen, die an den Geschäftsordnungsbrüchen des Bürgerblades keinen Anteil haben wollen, die vom Genossen Leber befehligte Vizepräsidentenrolle der Mehrheit zurückgegeben.

Zurück in die Partei. Zahlreiche Mitglieder der französischen „kommunistisch-sozialistischen“ Partei, die aus ausgeschlossen oder ausgeschiedenen Führern zusammengesetzt ist, haben die sozialistische Partei um Aufnahme in die Partei ersucht. Darunter befinden sich vor allem die beiden Führer Frossard und Verteuil.

Der russische Volkspalast in Paris wird von dem kommunistischen Volkspalast und seinem Bureau geräumt, da die Anerkennung der Sowjetregierung beschlossene Sache ist.

des Gutes den Wagen anhielten, die Pferde ausspannten und sich selber davor spannten und so den Wagen der „hohen Herrschaften“ unter „Wiehern“ und „Scharren mit den Hufen“ zu Ehren der Gräfin vor das Schloß zogen. Reuter bricht ob dieses Vorkommnisses in die Worte aus: „Sitt für das ganze Band 'ne Schand! Und schreibt folgende „Kuhanwendung“ hin:

Ja, ihr seid mir wahre Deutsche!
Wie gemacht für Saum und Peitsche,
Für Karbaische und für Sättel,
Wie gemacht für solchen Bettel,
Wie gemacht für Spott und Hohn,
Wie gemacht für Hundelohn.

Diesem feierlichen Einzug war eine „Audiens“ vorangegangen. Das gibt Reuter Gelegenheit, sich in folgender Weise über die Speiszer zu äußern, die verdient, auch noch heute festgehalten zu werden: „Nächst dem Vergnügen, Sumpel zu fangen und junge Hunde abzurichten, kenne ich kein größeres, als ehrliche Speiszer (hier Bürger aus Walschin) anzuwandern zu sehen. Es ist 'ne wahre Wonne, sie anzuschauen, wie sie auf den geböhten Hühner einberglischen wie die Elst auf dem Glatteis, wie sie sich um Orgeleisen in Reih und Glied stellen und ihre Kopfbedeckungen in den Händen drehen, diese gegiert mit Glacéhandschuhen, von denen jeder einzelne aus einem Paar gewöhnlicher für ihre Fäuste zusammengehört zu sein scheint; wie sie voll Verlegenheit flüstern und sich gegenseitig auf das, was anständig ist, aufmerksam machen, wie sie sich räuspern, und endlich doch alle aus Bewohnheit geradezu in die Stube spucken.“

Was nützte alle diese Satire? Die Partei des „Hundelohns“ reagiert, wie Wibrandt mit Recht sagt. Die Satire verstummte. Und selbst der trotz aller liberaler Ideen innerlich kontervontive Fritz Reuter konnte sich doch, so sehr er sein Ländchen liebt, hier nicht wohlfinden. Er suchte eine andere Heimat, wenn auch trotz dieser Hundelohnpartei sein Herz bei seinem Bande Mecklenburg blieb.

Bayerischer Lichterglanz. Aus München wird berichtet: Wenn Ludwig II. auf Schloß Herrenchiemsee weilte, so liebte er es, zur Nachtzeit die Spiegelgalerie, mit der er das Vorbild von Versailles hatte überdienen wollen, in vollem Lichterglänze erstrahlen zu lassen. Es war ein Schauspiel sinnberührenden Glanzes. ... Seitdem waren die Lichter von Herrenchiemsee erloschen. Nur noch ein einziges Mal, als der damalige Schah von Persien 1889 Herrenchiemsee besuchte, wurde die Spiegelgalerie im alten Glanze beleuchtet. Nun soll in diesem Sommer Herrenchiemsee einem engeren Kreis Kunstliebender im alten Lichterprunk gezeigt werden. Bellinat dieser Versuch, dann will die Kronprinzessin alljährlich im Sommer solche nächtliche Festbeleuchtung bei öffentlichem Zutritt veranstalten.

Die — im französischen Stil — erbaute Spiegelgalerie in Ehren — aber gibt es in Bayern nichts Wichtigeres für die Beleuchtungsgeräte? Wie wär's mit einer Illuminierung (auf deutsch: Erleuchtung) der östlichen Hofkuppel?

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg hat die Frist für die Anmeldung zu den Vorträgen über deutsche Mittelalterskunde und den Vorträgen durch Al-Rienberg, die für die erste Hauptwoche (4. bis 9. August) in Aussicht genommen für, bis zum 20. Juli verlängert.

Schulzolldebatte im Landtag.

Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages begannen am Freitag die Beratungen über den Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage des Schulzolls. Genosse Heilmann ging in instruktiver Rede auf die Lage der Landwirtschaft innerhalb der großen Wirtschaftskrise ein.

Die Krise, unter der die Landwirtschaft stöhnt, betonte Genosse Heilmann, ist keine bloße Agrarkrise, sondern eine allgemeine Wirtschaftskrise. Die Lage der Industrie wie der Landwirtschaft ist schlecht. Erst müssen jedoch wieder einmal halbwegs normale Verhältnisse eintreten, wenn die Zollfrage diskutiert werden soll. Jetzt die Frage der Getreidezölle auszusprechen, das kann nur politischen Sinn haben. Der Getreidepreis liegt in Deutschland 30 Prozent unter dem Friedenspreis, im Ausland 20 Prozent über dem Friedenspreis. Was sollen da Schulzölle? Der Wiederaufstieg der Wirtschaft ist abhängig von der Aufbringung der 2½ Milliarden Reparationslasten. Dies ist nur möglich bei einer Steigerung der Fertigwarenausfuhr. Verweigerung von Getreide, Fleisch, Eisen usw. ruiniert diese Ausfuhr und damit die Möglichkeit zum Wiederaufstieg.

Der Landwirtschaft zu helfen, sind wir gern bereit. Auf dem Weg des Hochschulzolls führt jedoch Deutschland nur in einen Abgrund, der noch tiefer ist als der der Inflation. Die Urstoffe der Industrie müssen so billig wie möglich gehalten werden. Erst auf dieser Basis kann dann untersucht werden, was der Staat zum Schutz der Landwirtschaft zu leisten vermag. Das Beste muß die Landwirtschaft selbst geben, indem sie politisch

den gefährlichen Geist der Verfeinerung austäumt

und wirtschaftlich direkt mit den häßlichen Konsumenten (Konsumvereine und Städte) in Verbindung tritt. Selbstverständlich ist eine Neuordnung des Steuersystems notwendig; die Hauptsteuer der Landwirtschaft muß eine Flächensteuer nach der Bodengüte sein. Die jetzige Aufrollung der Hochschulzollfrage bedeutet, den Sinn des Dawes-Gutachtens, das man wohl annehmen und durchzuführen will, durch Teuerung und Jehn-studentenart korumpieren. Dadurch wird aber das Gutachten nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse, sondern auch für die demokratischen Regierungen Englands und Frankreichs wertlos. Denn eine solche Korruption des Geistes des Gutachtens verhindert den Fortschritt zum wahren Frieden.

Gewerkschaftsbewegung

Versumpfung und Denkfaulheit.

Die Einführung von Schutzgöllen, die Ablehnung der Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag, die Erhöhung der Mieten, der Abbau der Sozialpolitik, die übermäßige steuerliche Belastung des Verbrauchs bei gleichzeitiger Schonung des Besitzes, das alles ist eine einheitliche Politik: die Politik des Rückschritts, der wirtschaftlichen Versumpfung. Das Kernstück dieser Politik ist die Beseitigung des Achtstundentages.

Sollen wir hier nochmals alle Beweise aufmarschieren lassen über die Wirtschaftlichkeit der verkürzten und die Unwirtschaftlichkeit der verlängerten Arbeitszeit? Diese Beweise sind Legion und stammen aus allen Ländern und allen Lagern. Wir erinnern nur kurz an die aus der Vorkriegszeit stammenden Darlegungen des bekannten Stuttgarter Fabrikanten Bosh über die Erhöhung der Arbeitsleistung nach Einführung des Achtstundentages und den Rückgang der Arbeitsleistung bei Einführung von Ueberstunden von längerer Dauer. Wir erinnern an die Umfrage der „Wirtschaftskurve“ bei Fabrikanten, die übereinstimmend ergab, daß der Arbeitsertrag trotz der Einführung des Achtstundentages der gleiche oder noch ein höherer war als bei neun- und zehnstündiger Arbeitszeit. Wir erinnern an die so außerordentlich präzise Erhebung des Zentralverbandes der Schuhmacher, die das gleiche Ergebnis hatte. Wir erinnern an die Darlegungen der „Summi-Zeitung“, einem Fachblatt der Unternehmer. Wir erinnern an die beispiellosen Erfolge des bekannten Automobilfabrikanten Henry Ford, der in seinen Fabriken die 40-Stundenwoche bei einem Mindestlohn von fünf Dollar täglich eingeführt hat. Wir erinnern weiter, daß der amerikanische Stahltrust aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, ohne gesetzlichen Zwang, ohne gewerkschaftlichen Kampf vom Zweischichtensystem zum Dreischichtensystem übergegangen ist, während in Deutschland die Schwerindustrie unter Ausnutzung der ungeheuren Krise nach dem Zusammenbruch der Mark und mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums den umgekehrten Weg einschlug. Wir erinnern an die Darlegungen des französischen Arbeitsministers auf der letzten internationalen Arbeitskonferenz, wonach die französischen Unternehmer, die sich auf den Achtstundentag eingestellt haben, mit ihm sehr gute Erfahrungen machten. Wir könnten spaltenlang fortfahren, um nur kurze Hinweise für die Wirtschaftlichkeit des Achtstundentages anzuführen. Ist es nicht tief beschämend, wenn man in Deutschland im Jahre 1924 solche Beweise überhaupt anführen, wenn man daran erinnern muß, daß z. B. in Frankreich bereits im Jahre 1898 für alle Angestellten der Post der Achtstundentag eingeführt wurde, während man ihn 25 Jahre später für die Angestellten der Post des Deutschen Reichs wieder beseitigte?

Aber ein grundsätzlicher Vorbehalt ist freilich zu machen: Die Einführung des Achtstundentages setzt voraus, daß die Betriebsleitungen sich die Rationalisierung der Produktion in allen ihren Teilen zum obersten Gesetz machen. Der Achtstundentag verlangt, daß die Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und zur größten Vereinfachung hinaufgetrieben, daß der Weg der Warenverteilung abgekürzt, daß in die Wirtschaft Geist hineingetragen wird. Er verlangt, daß ein für allemal Schluß gemacht wird mit der selbstgenügsamen Denkfaulheit der Unternehmer, die alle wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nun mit der Abwälzungsmethode auf andere Schultern — Arbeiter, Verbraucher und Staat — zu heilen weiß.

Die Einführung von Schutzgöllen, die Rückkehr zum privaten Wohnungswucher, die Verlängerung der Arbeitszeit, sie alle sind geboren aus diesem Streben der Besitzenden, nichts zu tun und von allem nichts zu erfinden und nichts zu denken.

Die Welt ringsum arbeitet angestrengt, heberhaft, um die Güter des Lebens zu steigern und die Zeit, sie zu genießen, zu vergrößern; um der Natur und dem Stoff, der Zeit und dem Tod das Leben abzutreiben.

In Deutschland aber will die Bourgeoisie zurück in die finsternste Zeit des Kapitalismus, als die Menschen vorzeitig starben und degenerierte Kinder zur Welt brachten.

Wenn der Achtstundentag angestrengtes Denken und Arbeiten erfordert, so ist er doch der Fortschritt, das Leben, während die Politik der Verlängerung der Arbeitszeit Denkfaulheit, Rückschritt und wirtschaftliche Versumpfung ist.

Zur Lohnbewegung der Gemeindefahrer.

Die Verhandlungen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes mit dem Berliner Magistrat über eine Erhöhung der Löhne der Gemeindefahrer, die in den Kämmererbetrieben beschäftigt sind, haben sich zerschlagen. Der Magistrat hat unbegrifflicher Weise jede Erhöhung der Löhne, die nicht allein weit hinter den Vorkriegslöhnen, sondern auch hinter den Löhnen der Privatindustrie zurückbleiben, abgelehnt. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat daraufhin die tarifliche Schiedsstelle sofort angerufen, die heute darüber verhandeln wird. Wir wollen erwarten, daß diese Verhandlungen einen anderen Ausgang nehmen als die direkten Verhandlungen mit dem Magistrat.

Angestellte der Metallindustrie!

Zahlreiche Anfragen veranlassen uns, auf folgendes hinzuweisen: Die Gehaltsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin am 8. Juli wurden nicht vom AFA-Bund und BdA geführt. Entgegen einer von den Verbänden getroffenen Abrede hatte der BdA allein den Schlichtungsausschuss angerufen. Da direkte Verhandlungen wegen der Regelung der Zulagehalter mit dem BMA noch nicht stattgefunden hatten, konnte nach den Bestimmungen der Schlichtungsordnung, ein Spruch für Juli und August gar nicht gefällig werden.

In einer AFA-Funktionärerversammlung werden wir über das Ergebnis unserer Verhandlungen berichten. (Anmerkung d. Red. Wie der Schlichtungsausschuss unter diesen Umständen, ganz besonders aber in Abwesenheit der hauptsächlichsten Arbeitnehmerorganisationen, verhandeln und einen Schiedspruch fällen konnte, ist uns einfach unverständlich.)

Wie wir inzwischen erfahren, hat der BMA den Bedog-Schiedspruch abgelehnt, desgleichen auch vorläufig unseren Antrag auf Zahlung eines Ueberzahlungsbetrags in Höhe von 25 Proz. des Gehaltes. Laut Beschluß des BMA soll die nächste Zahlung am Dienstag, den 22. Juli, in Höhe von 25 Proz. des Juni- (wie Mai) Gehaltes erfolgen. Wir werden auf Wunsch der Kollegen in den Betrieben versuchen, diesen Termin nach Möglichkeit vorzulegen.

AFA-Metallpartei.
Günther, Lange, Rothe.

Zu den Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Ueber den Protest, den der AFA-Bund gegen die kürzlich erfolgte Wahlordnung zur Angestelltenversicherung erhoben hat, finden am 12. Juli Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Vorstand des AFA-Bundes statt. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist beabsichtigt, die in der Wahlordnung gegebene Ueberbreitung des Ermächtigungsgesetzes zum Gegenstand einer Interpellation zu machen.

Krankenkassen und Ärzte.

Die am Freitag im preußischen Wohlfahrtsministerium stattgehabten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Verbände der Reichsversicherungsträger und der Ärzte führten, dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge, zu dem Ergebnis, daß das Wohlfahrtsministerium den Reichsversicherungsträgern bis auf weiteres einen Abschlag von 20 Proz. bei allen Mindestfällen der Preisgebührenordnung für Ärzte bewilligen wird.

Aufbau im Fabrikarbeiterverband.

Den Auftakt zu einer umfassenden Agitationsarbeit für den Fabrikarbeiterverband bildete ein Referat des Verbandsvorsitzenden, Genossen Brey, in einer Funktionärerversammlung der Zahlstelle Berlin. Brey ging in seinen einleitenden Ausführungen von der veränderten Wirtschaftslage Deutschlands seit dem Kriege aus, die auch auf die gewerkschaftliche Entwicklung eingewirkt habe. Die wirtschaftlichen Krisen, die sich in viel rascherem Tempo als vor dem Kriege wiederholten, hätten eine riesige Arbeitslosigkeit zur Folge, die natürlich auf den Mitgliedsbestand des Fabrikarbeiterverbandes stark wirkte. Wenn trotzdem bis weit in die Inflationsperiode hinein der Verband für seine Mitglieder beträchtliche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen konnte, ist das trotz aller anfälligen Kritik ein guter Beweis für die Kraft der Organisation. Die Auswirkungen einer falschen Gold- und Steuerpolitik können nicht als Mißerfolge einer angeblich falschen Verbandstaktik bezeichnet werden. Unter den gegebenen Verhältnissen mußte der gewerkschaftliche Kampf so eingerichtet werden, daß zunächst ein höherer Anteil am Arbeitsertrag den Arbeitern zufiel. Noch heute sind die so verschiedenen deutschen Gewerkschaften Musterorganisationen für ausländische Verbände, ein Beweis dafür, daß ihre Taktik allgemein anerkannt wird. Leider gehen in der Absicht, die Gewerkschaften zu vernichten, die Kommunisten gemeinsam mit den Unternehmern und anderen Gegnern. Es ist bedauerlich, daß Teile der deutschen Arbeiterschaft in diesem Vernichtungswillen einig mit unseren natürlichen Klassengegnern sind. Der Kampf gegen die freien Gewerkschaften, der in den eigenen Reihen geführt wurde, ist bisher stets zum Schaben der Arbeiterschaft ausgefallen. Die maßlose, gehässige Hehe hat die Ausreden für diejenigen geschaffen, die nur danach streben, sobald wie möglich wieder aus den Gewerkschaften herauszukommen. Sie zurückzugewinnen, sie in den Ge-

werkschaften zu Klassenkämpfern zu erziehen, ist die dringendste Gegenwartsaufgabe. Genosse Brey richtete am Schluß seiner Ausführungen die erste Mahnung an die Funktionäre, den Fabrikarbeiterverband wieder zu einem Machblock auszubauen, der von der Vereidigung wieder zum Angriff übergehen kann.

Ohne Diskussion nahm die Versammlung folgende Entschlieung an:

„Die Teilnehmer der allgemeinen Funktionärerkonferenz, Zahlstelle Berlin, bekennen sich zu den gewerkschaftlichen Grundfragen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Sie betrachten den Aufbau des Verbandes als eine unbedingt zu lösende Aufgabe und verpflichten sich zur Erreichung dieses Zieles mit allen Kräften zu wirken.“

Als Grundlage hierzu gelten die Bestimmungen des Verbandsstatuts, die Beschlüsse der Verbandstage und des Bezirks. Dabei ist jeder Versuch, unseren Verband zu parteipolitischen Agitation und zu anderen als wirtschaftlichen Zielen zu mißbrauchen, mit aller Energie zurückzuweisen und jeder organisatorische Zersplitterungsversuch nachdrücklich zu bekämpfen.

Das Unternehmertum führt die schärfsten Angriffe gegen alle Erwerbslosen auf tarifrechtlichen und arbeitsrechtlichen Gebieten und jenen der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. In diesem Angriff hat es wegen der einseitigen Zersplitterung und der Treulosigkeit gegen die Organisation bereits Erfolge erzielt.

Das Unterwählen der Geschlossenheit der Organisation hat den Indifferentismus und die Stellung des Unternehmertums gestärkt. Soll dem Einhalt geboten und eine erfolgreiche Abwehr erstrebt werden, ist einheitliche Organisation und einig Handeln in der Organisation erforderlich.

Strenges Einigen der Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der Organisation ist eine weitere Grundbedingung für erfolgreiche Abwehr der Angriffe des Unternehmertums.

Die Anwesenden verpflichten sich, für den Verband der Fabrikarbeiter in eine energische Verarbeit unter ihren Mitarbeitern einzutreten, die Zahlstellenleitung bei allen Arbeiten, die dem Wiederaufbau des Verbandes dienen, durch Rat und Mitarbeit auf das Beste zu unterstützen.“

Schiedspruch im rheinischen Straßenbahnkonflikt.

Dortmund, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Schlichtungsverhandlungen zur Lohnregelung in den rheinisch-westfälischen Straßenbahnbetrieben wurde vom Vertreter des Schlichters folgender Schiedspruch gefällt: 1. Der Handwerkerlohn beträgt ab 15. Juli 64 Pf.; 2. die übrigen Lohnsätze verändern sich entsprechend, dabei sind die früher festgesetzten Richtlinien einzuhalten; 3. die Regelung gilt bis auf weiteres und kann mit halbmonatlicher Frist gekündigt werden, erstmals zum 1. Oktober 1924; 4. die Erlösungsfrist läuft bis zum 17. Juli. Diese neue schiedsgerichtliche Regelung bringt eine Erhöhung der Handwerkerlöhne um 2 Pf. pro Stunde.

Die polnische Regierung widersteht sich.

Katowitz, 11. Juli. (M.B.) Die von den Arbeitgebern der Industrie von Polnisch-Oberschlesien beabsichtigte Generalaus-sperrung der Arbeiter, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist durch den Demobilisierungskommissar einstellt bis zum 18. dieses Monats hinausgeschoben worden.

Steindrucker, Lithographen und photographische Kunstdecker! Da der Tarif nunmehr von beiden Kontrahenten unterzeichnet ist, tritt er mit Wirkung ab 1. Juni 1924 in Kraft. Der Ortsvorstand.

Die Verteilung der Ruhrknappschaffnisse auf Grund des amtlichen Wahlergebnisses der Reichstagswahlen ist folgende: Von den 556 Kreismandaten im Ruhrbezirk haben erhalten: der Deutsche Bergarbeiterverband 263, Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter 151, Unionisten beider Richtungen 131, Polen 6, Unorganisierte 4, Hirsch-Dunker 1. Im Bezirk Oberrhein sind sämtliche 9 Sitze dem christlichen Gewerkschaften zugefallen. Die angestelltesten verließen sich auf die einzelnen Organisationen wie folgt: AFA-Bund 28, Reichsverband deutscher Bergbauangestellter 3, Gewerkschaft der Angestellten mit Einschluß von drei Vertretern aus dem Bezirk Oberrhein und Georg-Marien-Schacht 10, Deutscher Handlungsgehilfenverband und Verband kaufmännischer Grubenbeamter 17, Liste Glückauf 1, Liste Kellermann 1.

Zentralverband der Reichstagen und Beizer, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Wir verweisen nochmals auf die am Sonntag in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags stattfindende Wahl der Delegierten zur 15. Verbandsgeneralsammlung. Die Wahl findet in den bekannten Bezirkslokalen statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich an der Wahl zu beteiligen. — Nach einem Vortrag des Kollegen Helmreich beschloßen die Kollegen des Berliner Bezirks-Elektrizitätssektors, aus ihrer sogenannten Geschäftsstelle den Ortsvorstand des Bezirks zu wählen und Geier 40 Pf. und Deutschen Metallarbeiterverband 10 Pf. zu überweisen. Wir danken den Kollegen der Berliner Bezirks-Elektrizitätssektors für obige Zuweisung.

Die Ortsverwaltung.
Deutscher Verkehrsband, Agitationsbezirk Moabit, Montag abend 7 Uhr im Lokal „zur Bratpfanne“, Moabit, Simonstr. 18, wichtige Konferenz aller in Moabit wohnenden und in den dortigen Betrieben arbeitenden Funktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte. In Rücksicht der äußerst bedeutungsvollen Tagesordnungspunkte ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schömann; Politik und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornhörs-Berlin O. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Nr. 22, Berlin.

Zinn Limonen:

Gold Zucker, Gold Süßholz!
Spart Gold und Schmelz vorzüglich
1 H.-Dose 10 Pf. 10 Pf.
Ordnung in Reformhäusern, Drogerien, Buchhandlungen und Apotheken.

Am 8. Juli verstarb plötzlich unser
Kollege
Otto Klausnitzer.
In jahrelanger Zusammenarbeit war er uns allen ein lieber, guter Freund, und werden wir ihm ein feines Andenken bewahren.
Die Melzer der Firma
A. Schneider A.-G.
Die Beerdigung findet heute (Sonntag), 12. Juli, nachmittags 4 Uhr, in Potsdam von der Leichenhalle des neuen Friedhofs statt. 8081 b

Rennen zu Hoppegarten

Sonnabend, den 12. Juli
nachm. 3 Uhr

Hygiene des Geschlechtslebens

von Geh. Med.-Rat Dr. R. Gruber mit Ratif. d. Königl. Med. Fakultät. Verhütung von Geschlechtskrankheiten usw. Mit vier farbigen Tafeln, gegen Einsendung von 1.80 M. oder Nachnahme franko, in verschlossener Sendung.
Kornberg-Berlin, Karlstr. 13

Bauschule Glauchau i. Sa.

Kochbau — Tischbau — Eisenbetonbau
Deutsche Dachdecker-
schule Glauchau i. Sa.
Bestimmungen für den Winter-
unterricht (Beginn 1. Nov.) durch
Die Direktion

2 Mark wöchentl. Teilzahlung

letzte
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung
Malkschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, 1.

KLEINE ANZEIGEN

in der Gesamt-Auflage
des Vorwärts sind besonders billig und haben
große Wirkung!

Metalbetten

Stahlmatt, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Achtung! Radfahrer! Achtung!

Keine Panne mehr!

Für jeden Radfahrer unentbehrlich! Für Arbeiter-, Sport- und Berufsfahrer!

Durch deutsches Reichsgeheimnis geschützt.

Unser Schlauchschutzreifen für Radfahrer verhütet Pannen durch Nägel oder sonstige spitze Gegenstände.
Unser Schlauchschutzreifen wiegt nur ca. 70 Gramm und besteht aus feinfederndem Edelstahl, mit selbstregulierendem Verschluss und Ueberzug.
Unser Schlauchschutzreifen verhütet zeitraubendes und kostspieliges Schlauchflicken. Montage ist von jedem selbst auszuführen.
Unser Schlauchschutzreifen erwirkt durch seine enorme Elastizität ein bequemes und angenehmes Fahren.
Unser Schlauchschutzreifen ist für jeden Radfahrer unentbehrlich und empfehlen wir in Ihrem Interesse Ihre Bestellung sofort an:

Schutzreifenfabrik Fulda G.m. Fulda 27

Preis 3,75 M. pro Paar,
franko inkl. Porto und Verpackung.

Tüchtige Vertreter überall gesucht.

Stein der Weisen

Das Original aller Nagelpoliersteine
KOPP & JOSEPH
BERLIN W. 37
Überall erhältlich

Quittungs-Marken

48 Jahre Spezialität
Conrad Müller,
Schkeuditz Leipzig.

Metalbetten

Stahlmatt, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Schwaben Tod u. Teufel

Selbst 33 Jahre als stärkstes Radkalmittel berühmt!
vertilgt rasch das Reichs-
Poudre Marillat, Pack. 0,60,
1,20, 2,40, 4,80, 9,60, in Drogerien
erhältl. aber echt nur M. Marke

u. der
Firma Otto Reichel, Berlin 43 SO, Eisenbahnstr. 4
Fernsprecher: Moritzhof 4251-53

Stottern

Zuschellung!
Dauererfolg!
Das neue System
Brosch. frei G. Ruffel
Wilhelmsdorf, Braun-
schweig, Gtr. 18.

Mildes Frühjahr im intens. Sonnenstrahl, 10 mper. Sommer, strahl.
Herbst, hervorrag. Wasser f. Sali. Bäder eich (Kulst. bahn). Rodel, Eis-
lauf, Tennis Schwimmen, Höhenbau. Leicht erreichbar. Dir. Schnell-
züge. Unterkunft f. alle Anspr. Maß. Preise. Auskunft 1924. Kurzwahl (114)

125.- Kauf. 1000 1000 Quadratmeter
Grund in Potsdam, Bismarckstr.
St. Berlin, Wilmstraße 68. 8081 a

Ferienwanderung zum Spreewald.

Jeder, der es irgend möglich machen kann, sollte einige Tage im Jahr hinauszuwandern zur Mutter Natur. Und er braucht gar nicht weit zu reisen; bei den äußersten Ausläufern der Großstadt beginnt schon die Herrlichkeit. Wie scheint hier die Sonne so hell, wie leuchtet der Himmel so blau! Die Finken schlagen im Blätterdach, der Kuckuck ruft aus dem Walde, die Berche steht trillernd über den Feldern! Wiese und Wald und Wasser glänzen im Sommer-sonnenschein! Kuckuck und Wanderflab werden unruhig in ihrer Ecke, sie ziehen uns hinaus. Wir wollen unsere Ferienwanderung zum Spreewald richten, in jenes Gebiet, das an jedem Sonntag von vielen Tausend Wanderern und Touristen aufgesucht wird. Wir fahren jedoch nicht mit der Eisenbahn bis in das Herz unseres Zieles, sondern wir wollen es uns erwandern, gemächlichen Schrittes, wie es rechten Wanderern geziemt.

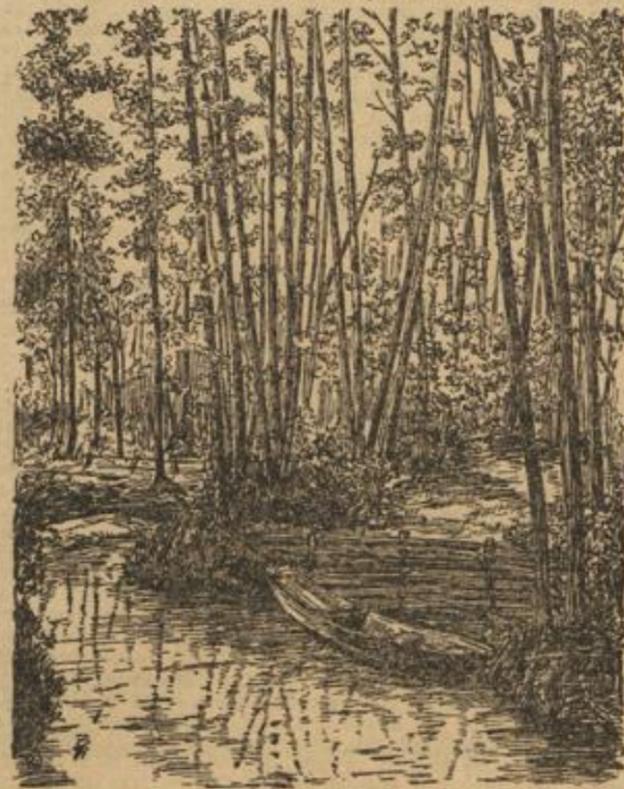
Abmarsch in Erkner.

Am Bahnhof Erkner beginnen wir unsere Ferienwanderung. Ein kurzer Marsch durch den Ort, und die weiten Wälder im Osten der Reichshauptstadt umgeben uns. Wir kommen am Störchensee vorbei und sind bald an der Spree, die wir bei Neu-Hartmannsdorf überschreiten. Dann geht es über den Ober-Spreekanal nach Spreenhagen und weiter über Klepso nach Storkow, dem alten Städtchen, das bereits 1209 erwähnt wird. Im Osten liegt die alte Burg Storkow. Von der Bismarckhöhe nördlich der Stadt bietet sich ein schöner Rundblick. Nun wenden wir uns gen Süd, am Ufer eines weit ausgebreiteten Seebeckens über Bugl zur Forst Klein-Wasserburg. Ueber Rehgritz, Neuen-dorf und Reibitz kommen wir nach Groß-Wasserburg, einer alten „Wasserburg“. Den Unterpreewald haben wir erreicht. Er bildet den nördlichen Teil der großen Niederung, die von der in zahlreiche, nebarige miteinander verbundene Arme geteilten Spree durchflossen wird. Der Unterpreewald erstreckt sich von Lübben etwa 15 Kilometer nach Norden bis Reibitz und Neu-Lübbenau. Von Groß-Wasserburg ist es äußerst lohnend, eine Kahnfahrt zu unternehmen. Einige Stöße des Fährmanns, und der Rachen gleitet hinein in den hohen Erlenwald. Verschwunden ist das Getümmel des Dorfes, das wir soeben noch hörten; wohlthuende Stille umfängt uns. Kühler Hauch, der vom Wasser aufsteigt, läßt von der Sonnenglut, die uns da draußen bedrückt, nichts mehr spüren. Hierher dringt das Sonnensicht nur gedämpft. Das dicke Blätterdach der himmelanstrebenden Erlen und Eichen fängt die sengenden Strahlen auf und mildert ihre Kraft. Wir glauben uns in eine fremde Welt versetzt. Kein anderes Gebiet der märkischen Heimat vermag einen solchen Zauber auszuüben, als der Hochwald des Spreewalds, wenn wir ihn auf dem Kahn durchmessen. Eine Stille, wie sie uns Großstädtern gänzlich unbekannt ist, läßt auch uns verstummen; es ist als scheuten wir uns, sie durch unserer Stimme laut zu stören. So kommen wir nach Schlepzig. An der Stelle des Gasthofs „Zum grünen Strand der Spree“ stand bis zum 19. Jahrhundert ein schon 1874 erwähnter Eisenhammer, der den Kalceisenstein der Umgegend verarbeitete.

Lübben.

Von Schlepzig wandern wir nach Lübben. Die Stadt, schon 1007 als Lubin erwähnt, ist aus einem wendischen Fischerdorf hervorgegangen. Sie liegt an dem einzigen Uebergang über die Spree zwischen dem Oberpreewald und dem Unterpreewald. Dieser günstigen Lage verdankt Lübben seine große Bedeutung im Mittelalter, führten doch hier die Handelswege von der Gouss nach Pommern und von Sachsen nach Polen vorüber. Südöstlich der Stadt, im Wiesenlande, liegt der Burgwall aus vorgeschichtlicher Zeit mit zahlreichen Spuren aus der Wendenzeit. Hier stand bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts eine Burg. Der bei Lübben liegende Hain, von der Berche, einem Nebenfluß der Spree durchflossen, wird als der Rest des einstigen Urwaldes angesehen, der einst das ganze Gebiet des Spreewalds bedeckte. Im Hain steht ein Denkstein für die wendische Göttin Ljuba, die einst hier verehrt wurde, wie die Sage berichtet. An der Kirche in Lübben wirkte der Prediger und Kirchenliederdichter Paul Gerhard von 1669

bis 1676. Er liegt auch hier begraben. Von Lübben fahren wir mit der Spreewaldbahn nach Straupitz, einem Marktflecken mit Schloß am Nordrand des Spreewalds. Ein besonders schöner Ausblick bietet sich von dem 89 Meter hohen Neuzauer Weinberg, der westlich von Straupitz liegt. Ueber den ganzen Spreewald schweift der Blick bis zu den Türmen von Lübben, Lübbenau, Reibitz und Kottbus. Von Straupitz wandern wir zu den berühmten Straupitzer Eichen. Am Waldrand ragen sie auf als Zeugen längst vergangener Tage. So wie wir in ihrem Schatten ruhen, so logierten hier auch



die Vorkämpfer der heutigen Spreewaldwälder, noch nicht befangen von den Segnungen der Zivilisation. Dieses Waldgebiet ist der Bittina; die Kiefernreihen lassen uns die Urkraft des wildwüchsigen Waldes noch ahnen. Jede Eiche hat ihren Namen; die gewaltigste ist die Elisabethe mit 8 1/2 Meter Umfang. Sie ist nahezu die stärkste Eiche der Mark Brandenburg. Von beachtlichem Umfang (7 1/2 Meter) ist auch die freistehende Florentineneiche. Wir kommen nach Mühlendorf, an dessen Eingang ebenfalls gewaltige Eichen stehen. Durch schönen Wald führt der Weg weiter zur Straupitzer Bushmühle. Von hier bringt uns die Wanderung nach Burg durch ein rechtes Spreewaldgebiet. Zwar ist der Wald verschwunden; ausgebreitete Wiesen und Gärten nehmen seine Stelle ein. Rings im Gelände verteilt liegen die Spreewaldgehöfte, dazwischen schlängeln sich die zahlreichen Spreearme hindurch, über die der Weg auf Brücken, Bänke genannt, hinüberführt.

Burg — Kottbus.

Burg besteht aus drei Teilen, dem Dorf Burg, Burg-Kauper und Kolonie Burg. Die Kaupergemeinde, die sich bis zur Straupitzer Bushmühle erstreckt, wurde 1730 angelegt und mit ehemaligen Soldaten besiedelt, die wendisch wurden. Der Spreewald bildet gemissermaßen eine Bevölkerungsinself in der Mark Brandenburg. Hier hat sich Sitte, Sprache, Tracht, Hausbau in mitunter vorzüglich anmutender Weise erhalten. Nördlich von Burg liegt der Schloß-

berg, ein gewaltiger Burgwall aus vorgeschichtlicher Zeit. Der Sage nach soll hier einst das Schloß eines Wendenkönigs gestanden haben. Zahllos sind die Spuren aus der vorgeschichtlichen Zeit, die bei Nachgrabungen im Schloßberg gefunden wurden. In der Nähe des Burgwalls liegt der Kaffeegarten, ein beschiedenes Gasthaus, in dem es sich gut rasten läßt. Von Burg können wir nach Betschau wandern. In der Kirche wird, ebenso wie in der von Burg und in der wendischen Kirche von Kottbus, an bestimmten Sonntagen Gottesdienst in wendischer Sprache abgehalten. Auf der Spreewaldbahn können wir auch von Burg einen Ausflug nach Kottbus machen. Kottbus, wendisch Choschobuz, liegt an der Spree, ehe sie sich in die vielen Arme teilt, die den Spreewald durchfließen. Von hier bis nach Lübben erstreckt sich das Gebiet des Oberpreewalds, das 28 Kilometer lang und 7 bis 11 Kilometer breit ist. Der Flächeninhalt beträgt 20 700 Hektar gegen nur 7400 Hektar des Unterpreewalds. Kottbus ist die größte Stadt der Niederlausitz; zahlreiche Fabriken, besonders Tuchfabriken, haben hier ihren Sitz. Auch den gewaltigen Schwielochsee können wir von Burg aus besuchen, indem wir mit der Bahn bis Gonnah fahren. Mit seiner Länge von 8,5 Kilometer und Breite bis zu 2,5 Kilometer kann man ihn wohl als ein „brandenburgisches Meer“ bezeichnen.

Von Burg fahren wir mit einem Spreewaldbahn über Reipe und Le hde nach Lübbenau. Lübbenau ist der Hauptort des Oberpreewalds. Hier strömen die Gartenbauzeugnisse des Spreewalds zusammen. In der Hauptsache wird Gemüse angebaut, besonders Gurken und Meerrettich. Wir besuchen das Spreewaldmuseum und vergleichen das hier Gesehene mit dem auf der Wanderung durch den Spreewald Erlebte. Dann steigen wir auf den Kirchturm. Jeden Morgen um 10 Uhr blasen die Stadtmusikanten einige Choräle vom Turm. Ein Lübbenauer Bürger, der der Stadt reichliche Stiftungen hinterließ, hat sich diese Ehrung ausbedungen. Vom Turm überblicken wir noch einmal das Wald- und Wiesengebiet des Spreewalds. Einen großen Teil der Niederlausitz sehen wir, bis Calau reicht der Blick.

Unsere Ferienwanderung ist beendet. In ein ganz eigenartiges Gebiet hat sie uns geführt. Mit frischen Kräften können wir den Kampf mit den Unbilden des Lebens wieder aufnehmen, gestärkt durch ein leider nur zu kurzes Ausruhen in den Armen von Mutter Natur.

Wir brauchen dazu etwa eine Woche.

Die Ausgemeindungen aus Groß-Berlin.

Die Beschlüsse des Unterausschusses des Preussischen Landtages über Ausgemeindungen aus Groß-Berlin haben ein merkwürdiges Echo gefunden. Bisher waren die bürgerlichen Kreise die Hauptträger des Ausgemeindungsgebantens. Jetzt erlebt man die merkwürdige Tatsache, daß in dem zur Ausgemeindung vorgesehene Schmöckwitz die bürgerlichen Kreise Unterschriften für eine Petition an den Preussischen Landtag sammeln, in der sie um Rückgängigmachung des Ausgemeindungsbeschlusses bitten. Der Knüttel liegt beim Hunde. Die Herrschaften haben allmählich begriffen, daß sie sich finanziell viel besser stellen werden, wenn sie bei Berlin bleiben. Die Einheitsgemeinde ist nun einmal leistungsfähiger und kann auch die Bedürfnisse der Vorortgemeinden viel besser befriedigen, als wenn sie selbständig blieben. Je mehr Auswirkungen der Stabilisierung sich bemerkbar machen, um so klarer wird das selbst den begriffstüchsigsten und verböhresten Anhängern der bürgerlichen Parteien. Beim Zahlen hört eben jede Gemütslichkeit auf, selbst der Haß gegen die Sozis und gegen den roten Magistrat tritt hinter diesen materiellen Erwägungen zurück. Deswegen kann man doch ein scharfer Gegner des materialistischen Marxismus sein. Solche Widersprüche tun nichts zur Sache.

Für die bei Spandau liegenden Orte Gatow und Kladow hatte der Berliner Magistrat eine Autobusverbindung nach Spandau eingerichtet und eine ziemlich beträchtliche Subvention von circa 20 000 M. im Jahre in Aussicht gestellt. Jetzt hat der Magistrat die Bewilligung dieser Mittel so lange ausgezögert, bis die Entscheidung des Landtages feststeht, da natürlich Berlin wenig Neigung hat, den Verkehr mit Ortshäufen zu subventionieren, die aus Berlin ausgegemeindet werden sollen. Für den Autobusverkehr nach Gatow und Kladow würde das eine Verteuerung des Tarifes von mindestens 20 Pf., und zwar von 30 auf 50 Pf., bedeuten. Uebrigens will sich auch Spandau in einer Petition an den Landtag gegen die Ausgemeindung von Gatow und Kladow aussprechen.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahla.

So lehnte sie denn lässig, im Gefühl ihrer jungen Reize, an dem Eingang zu Gagini's Werkstatt.
„Habe ich die Ehre und die Freude, den berühmten Bildhauer Gagini vor mir zu sehen?“ fragte Fratelli geläufig, den Kopf auf die Seite legend.
„Was für ein einfaches, ja kümmerliches Männchen dieser Gagini doch war!“
„Berühmt? Nein, mein Herr,“ der Alte lächelte bescheiden, „berühmt keineswegs, doch gern zu Ihren Diensten.“
„Aber verehrter Meister, hochverehrter Meister!“ rief Fratelli einigermassen verlegen aus. (Was für Schrüllen diese Künstler hatten!) „Wenn Sie mir nur gestatten, in Ihr Heiligtum einzutreten.“
Er meinte, diese Werkstatt sei sozusagen der Vorhof, das eigentliche Atelier würde noch kommen.
„Bitte, bitte,“ sagte Gagini schüchtern, „sehen Sie sich um, mein Herr. Wenn Sie sich für meine Arbeiten interessieren — viel habe ich gerade nicht hier —“
„Oh — aber was für entzückende Sachen!“ Fratelli war sicher, hier durfte er loben, er sah mit glänzenden Augen über alles jählich lieblosend dahin.
Dennoch — seine Nixe war ihm lieber. Im Grunde war es ihm unangenehm, daß ihm so gar nichts auf den ersten Blick gefallen wollte — irgendeine kleine Sache. Das öffnete dann jene Tür zum Atelier.
„Jaja,“ sagte der Alte, wärmer werdend, „doch, wie gesagt, die Auswahl ist in der letzten Zeit gering.“
„Ich verstehe, verstehe,“ nickte Fratelli eifrig, „ausverkauft! Bestes Zeichen für die Qualität.“
(Hat der Mann nun wirklich nichts Rechtes oder will er die besten Sachen nicht hergeben?)
Fratelli stöberte herum, zog die Stirne kraus, trat einige Schritte zurück und wieder vorwärts, ganz wie er es bei Kunstennern oft gesehen hatte.
Und so — in keinem wichtigen Hin und Her — dem der alte Gagini mit schief gezogener Augenbraue und halb verlegem Schnalzen zusah, kam Fratelli dem Verflage nahe, hinter dem die Venus von Syrakus stand.
Fiamettas Kirchneraugen bohrten in die Wand.
Gagini dachte, es sei ja nicht seine Arbeit. Er kratzte sich die Hüfte von rechts nach links und von vorne nach hinten,

Ganz recht war es ihm nicht, wenn dieser Dompfaff hinter den Verflage hüpfte.
Fratelli selbst jedoch schlich, einem schnurrenden Kater gleich, um den Verflage herum.
(Jetzt habe ich dich, mein Lieber, hier ist die Eingangstür!)
Ganz vorsichtig, als hebe er die Schleier einer Dame, küstete dieser römische Schnellläufer den schmutzigen bunten Vorhang.
Dann prallte er zurück, um gleich wieder vorzustößen. Seine Augen quollen ihm aus dem Kopfe, das Wasser lief ihm im Munde zusammen.
„Sakrament! Sakrament!“ rief er halblaut. „Ein bildschönes Weib,“ sagten seine sämtlichen Lebensatome.
Er lachte — entzückt, halb atemlos — und dann zu Gagini gewandt breit und väterlich.
Seine Gedanken stellte er beiseite.
„Was für Schrüllen diese Künstler haben!“ sagte er laut und lässig.
„Schrüllen?“ Der Alte wippte näher.
„Jajaja! Weshalb stecken Sie denn diese fabelhafte Schönheit hinter Bretter? Ha — ha — habahaha! Die wollen Sie wohl für sich selbst behalten, kleiner Schäfer!“
Dann begann er sich. Rudarig lehnten Bewußtsein und Würde zurück. Das war ja der große Gagini, Siziliens berühmtester Bildhauer — Vorsicht!
Fiametta stand fast neben dem Fremden. Sie glühte. Ihre Gedanken rissen sie fast entzwei. Also Renzo war wirklich ein Künstler, dieser großartige Fremde, der alles, was Gagini gemacht hatte, nur so zum Schein neugierig betrachtet hatte, stand wie festgenagelt vor Renzos Arbeit. Bezahlen würde er! Wer weiß, wieviel! Das stopfte der Mutter den Mund, die immer von Figurenmacher und Hungerleider sprach. Aber das war alles nicht die Hauptsache. Groß, ja! Doch nicht die Hauptsache.
Diese da, die Hochmütige, mit dem Hauch des Selbstwerdens um sich her, die kam fort. Dann gab's nichts mehr zum Einschließen, Träumen, Beten, dann war nur sie, Fiametta, in Renzos Kammer.
„Meister!“ sagte Fratelli mit einem Seufzer der Verehrung, und er streckte beide Hände aus. „Meister! das ist Qualität, das kann ich beurteilen.“ Er schlug vor seine Brust, daß es dröhnte.
„Es ist nicht meine Arbeit,“ sagte Gagini dünn und ehrlich, „es ist die Arbeit meines Schülers.“
Einige Atemzüge lang starrte Fratelli den Alten

fassungslos an, dann — er konnte nicht anders — er lachte aus vollem Hals.
„Oder vielmehr: es ist die Venus von Syrakus.“
Gagini hob die Hände fröstelnd übereinander. War der Fremde etwa verrückt?
„Die Venus — Venus! Hähähähä!“ Fratelli kippte fast hintenüber vor Lachen.
„Kennen Sie die?“ stieß Fiametta schnell dazwischen; auch sie konnte nicht mehr an sich halten.
„Ja — ja — gewiß! Die Venus kenne ich,“ sagte Fratelli, sich langsam beruhigend. Natürlich, die Venus war die Göttin der Liebe, das wußte er denn doch ganz genau.
„Also eine bekannte Schönheit,“ dachte Fiametta mühend.
„Berehrter Meister!“ fuhr Fratelli fort, und wiederum hielt er ihm beide Hände hin, er schüttelte sie in der leeren Luft, „ich verstehe Sie, ich verstehe Sie vollkommen. Ich will sie ja auch wirklich nicht geigekent haben,“ er tastete seine Brusttasche ab, „im Gegenteil, sie darf schon was kosten.“
„Ich kann Ihnen die Venus nicht verkaufen,“ erwiderte der Alte spröde, „es ist die Arbeit meines Schülers, und mein Schüler ist jetzt nicht in Palermo.“
„Rein, nein, nicht in Palermo, natürlich nicht!“ Fratelli schaute auf vor unterdrücktem Gelächter. Er winkte fortwährend mit der Hand ab. „Ich verstehe ja, ich verstehe! Also gut! Von Ihrem Schüler. Was kostet sie?“
Gagini wurde ärgerlich. „Sie ist unverkäuflich,“ jagte er kurz.
Das wehte Fratelli kühl an. „Unverkäuflich?“ er zog die Stirn hoch, dann verschwand er ganz hinter dem Verflage.
Nach einigen Minuten kam er, zu einem Damme verwandelt, wieder hervor.
Mit schmalzigem Schmeicheln umgirte er den übel-launigen Gagini. „Nehmen Sie das Wort zurück, Berehrter. Was heißt „unverkäuflich“? Sehen Sie mal — die Schrüllen der Künstler — entschuldigen Sie, Meister — die berechtigten Eigenheiten sind mir ja nicht unbekannt, aber alles in der Welt ist doch schließlich Kauf und Verkauf, nicht? Es kommt nur auf den richtigen Treffpunkt an — sozusagen. Der eine schätzt zu hoch ein, der andere zu niedrig. Meister, bei mir laufen Sie keine Gefahr. Nennen Sie den Punkt. Ich zahle.“
Gagini ging umher. Gewiß, es war eine Gelegenheit, die vielleicht niemals wiederkehrte. Renzo konnte es gebrauchen. Doch man mußte ihn fragen.
(Fortsetzung folgt.)

Das veränderte Berlin.

Es ist natürlich, daß nirgends sonst in Deutschland sich Zeiteinstüße so rasch und gründlich auswirken als in der Viermillionenstadt Berlin, die zudem noch abseits liegt von Luftströmungen, wie sie etwa in den Rheinländern mit der werdenden Millionenstadt Köln zutage treten.

Berlin und seine Bevölkerung hatten während des Krieges das Schwerste, unerhört Schweres auszuhalten. Die Aufgabe, Preßluft aller Zeiterfordernisse und Verhängnisse zu sein, hatte es nach dem Kriege in fast noch gesteigertem Maße durchzuführen. Man hat recht wenig darüber gehört. Das politische Berlin blieb Brennpunkt, an die zusammengebrängten vier Millionen Menschen mit all ihrem Leid und ihrem tapferen Kampfenmühen dachte man eigentlich recht wenig. Und doch wäre es gut gewesen, recht viel darüber innerhalb und außerhalb der Grenzen Deutschlands zu berichten, ist doch dies Berlin das untrügliche Bild des ganzen Leidenden und um den Aufstieg ringenden deutschen Volkes.

Man braucht nur einmal zu beobachten, welche eine Wandlung sich seit der Inflationszeit vollzogen hat und wie verändert sich das Bild seit diesem hoffnungslosesten aller Winter zeigt. Es ist manches verschunden, manch Neues dazu getreten — aber, und das soll gleich vorweg gesagt sein, es ist trotz freundlicherer Sonne ein neues Bild im alten Grau.

Welche Wandlung! Die Ankommenden fehlen, die Wartenden, denen Fremdenankunft Broterwerb bedeutet, mühen sich anderswohin zu vertrieben. Es waren viele Hundert, die hier geschäftig waren — all die Leute, die Gepäck schleppten (ohne Gewerbeschein zu besitzen), Wagen, Autos, Zimmer besorgten, Geld umwandelten — kurz, das was man Verbeitem nannte, ist in Grund und Boden versunken, spurlos, rätselhaft verschwunden. Und die Bahnhofskeise, die vordem ein Stück Romantik, fesselnde Stätte unteren Volkslebens der Rot und sonstigen Selbsthilfe waren, sind bürgerlich anständig geworden — und gähnen vor Seere. Sie haben es mit den Kutschkneipen gemein, denn der Droschkenkutscher ist heute ein sterbender Beruf. Wenn man das nicht wüßte, dann genügt ein Blick auf die zerfallenen Köde und die unmöglichen Kutschkerwagen hilflosen Verkehrs (soweit sie überhaupt noch getrieben werden). Ja, es ist etwas ganz Eigenartiges um das Volkstreiben geworden, das in der Deffinitivität in Erscheinung tritt, man friert fast in den leeren Arbeitergaststätten und man kann sich leicht ausdenken, wie es zu Hause bei den Arbeitern aussieht. Allerdings der Berliner klagt nicht, und wenn man etwas erfahren will, dann muß man schon selbst tüchtig beobachten.

Das Sterben in den Lebenserscheinungen der Tiefe hat nun auch manches mit sich gebracht, was man als nicht unerfreulich beuten darf. Das Berlin der Inflationszeit, vor allem das der Fremdenhochzeit, hatte ein Ueberfließen niedriger Genusart und eine wahre Genusindustrie gegolten. Man braucht nicht gleich von Lasterhöhlen zu sprechen, es ging dort meist sehr langweilig und fast gutbürgerlich zu — aber, das man darunter verstand, ging allmählich ein und ein Tier schloß sich nach dem anderen. Gewiß, kein Unglück. Die Arbeiterbewegung mit ihren geistigen und sittlichen Werten hat von der Fremdenverehrung am allermeinsten gelitten, und mancher geriet unter die Räder, der ihr ein brauchbares Glied hätte werden können.

Etwas anderes aber ist es, daß auch diese Erscheinungen nur Ausfluß allgemeiner wirtschaftlicher Depression und nicht echte Zeichen einer innerlichen Volksgegendung sind. Daß auch in den gesunden Volksteilen die Uebergangszeit noch sehr traurig wirkt, daß gerade die Lage der Arbeiter fast weniger befriedigend ist als je, dafür gibt jede Stunde, mit offenen Augen verbracht, starke und erschütternde Beweise. Und nichts spricht so ergreifend dafür als die Selbstmorddepemie, die zu den erschreckendsten Erscheinungen aller Zeiten gehört.

Wollte man das Berlin von heute ganz kurz zeichnen, dann stelle man dies Knauern, Hoffen und rücksichtslose Jagen der Bekämpfung der Stille und dem schweigenden Grauen gegenüber.

Es liegt dies in diesem Vergleich, es ruht in ihm Berlin und das Deutschland von heute.

„Kalt Eisen!“

Pfarrer Scheitlers „ehr- und pflichtergetreue deutsche Männer“.

Die „Welt am Montag“ brachte vor kurzem die Mitteilung, daß in Wilmersdorf in der hochheiligen Kirche der Pfarrer Scheitler am 29. Juni in seiner Predigt gesagt habe: „Am 28. Juni waren es fünf Jahre, daß deutsche Männer ehr- und pflichtergetreue den Schandvertrag von Versailles unterzeichnet haben.“

Es wird die Leser des „Barmärker“ interessieren, daß Herr Pfarrer Dr. Scheitler, Diözesanpfarrer a. D., ein alter Bekannter aus der wüsten Kriegszeit ist. In der „Königl. Schüsslichen Hofbuchhandlung“, Berlin, erschien 1915 von ihm eine kleine Schrift (48 Seiten) unter dem Titel „In Gottes Namen durch!“ Für die deutschen Streiter in Heer und Flotte. Im Jahre 1915 waren davon bereits 23.000 an die Kämpfenden verteilt. Wir wollen nur zwei Stellen aus dem für einen Pfarrer kennzeichnenden Buche zitieren. Seite 18 lesen wir in einem Kapitel mit der Ueberschrift: „Das walt' Gott und kalt' Eisen“: „Deutsch seid ihr, deutsch bleibt ihr, das walt' Gott und kalt' Eisen“, so hat unser Kaiser einmal zu den Lothringern gesprochen. Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Faust gegeben, und er soll es führen ohne Schwächlichkeit und Weichlichkeit. Der Soldat soll todsicheren, soll dem Feind das Bajonett in die Rippen bohren, soll die faulende Klinge auf den Gegner schmettern, das ist seine heilige Pflicht, ja das ist sein Gottesdienst. Denn der ihn auf seinen Platz gestellt hat, daß er dem Guten und Rechte zum Siege verhilfe, das ist Gott. Wer nicht schießt, wenn er schießen sollte, handelt als ein Schurke.“

Das Kapitel schließt auf Seite 20, 21 mit den Worten: „Fürcht und Schreden muß vor Euch hergehen. Was uns an Zahl fehlt gegenüber der Uebermacht unserer Feinde, das müssen wir weismachen durch rücksichtslosen Schneid. Es ist gewiß fürchtbar, daß Menschen, die sich persönlich nicht kennen und sich nichts zuleide getan haben, einander das Leben nehmen. Das ist der Krieg. Gott hat es zugelassen, daß diese Verübung die Menschheit trifft. Ihr habt sie nicht zu verantworten. Ihr habt nur, ein jeder an seiner Stelle, Eure Waffen mit allem Nachdruck zu gebrauchen. Ihr Russen, Ihr Franzosen, Ihr Belgier, und vor allem, Ihr englischen Kanakillen, da habt Ihr, was Euch zukommt: Kalt' Eisen.“

Jedes Wort der Kritik an diesen Worten eines Vertreters der christlichen Barmherzigkeit und Nächstenliebe ist überflüssig. Sie würde nur die Wirkung abschwächen. Seine eigenen Worte kennzeichnen ihn hinreichend und am besten.

Ein Schwindler und Betrüger schädigt mit gefälschten Schecks der Deutschen Nationalbank, Filiale Brunnenstraße 50, seit einiger Zeit die Geschäftslente. Es sind bisher bei obengenannter Bank 14 solcher Schecks eingegangen. Der Betrüger stellt sich als Inspektor vom Rittergut Casel-Bozig, Kreis Ludau, vor. Bei Einkäufen zeigt er ein Scheibchen vor, daß er Einkäufer für das Rittergut ist. Die gefälschten Schecks sind mit einem Stempel in ovaler Form mit der Aufschrift: Rittergut Casel-Bozig, Kreis Ludau, versehen und tragen in Stempel handschriftlich den Namen v. Reiborn. Der Betrüger trägt einen grünen Anzug und grünen Hut, hat bartloses, volles Gesicht mit gesunder Farbe und helles Kopfhaut. Anzeige bei der Kriminalpolizei ist erstattet. Im vorerwähnten Fall wird um Festnahme gebeten.

Inflationsgeschäfte.

„Sie machten es alle so“.

Heulen und Zähneklappern gab es gestern vor der Strafteilung des Amtsgerichts Dr. Marggraf beim Amtsgericht Berlin-Mitte. Wegen Diebstahls und Hehlerei waren 12 Frauen und Mädchen, sämtlich Verkäuferinnen und Angestellte des Warenhauses Jandorf in der Gr. Frankfurter Straße, angeklagt. Ein großer Teil der Angeklagten waren junge Mädchen im Alter von 17 bis 19 Jahren, mit angeklagt war auch noch die Empfangsdame J. Die Verhandlung ergab, daß in dem Warenhaus ein schwunghafter Lauschaandel stattgefunden hatte. Die Angestellten hatten sich, wenn sie etwas benötigten, aus dem Lager einer Kollegin Waren heimlich geben lassen und sie in Handtaschen und Altklemappen hinausgeschafft. Es waren Wäsche, Taschentücher, Stidereien, Tüllstoffe, Wolle, Decken, Schmuckwaren u. a. m. auf diese Weise entwendet worden. Während der Inflationszeit wurden auch Waren zurückgelegt und nach acht Tagen, nachdem der Preis um das Vielfache gestiegen war, auf Kassenzetteln zu einem jetzt natürlich lächerlich geringen Preise „ordnungsmäßig“ gekauft worden. Die Angeklagten entschuldigten ihr Verhalten damit, daß sie sich dabei nichts gebacht hätten, denn alle hätten es so gemacht, vom aufsichtsführenden Geschäftsleiter und Einkäufer bis herab zum Lehrling. Der Vorsitzende verwies die Angeklagten darauf, daß sie, wenn die leitenden Persönlichkeiten ihnen mit bösem Beispiel vorangegangen seien, gegen diese Anzeige erklarten sollten. Was ihnen geschehe sei den anderen dann auch billig. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten und die von ihnen bekundete Reue verfuhr das Gericht mit ihnen milde. An Stelle der an sich verurteilten Gefängnisstrafen wurde auf Geldstrafen erkannt. Die Aufschlagsdame J. erhielt 120 M., die übrigen Angeklagten bekamen Geldstrafen von 100 bis herab zu 10 M., je nach dem Umfange der Veruntreuungen. Das Gericht gewährte den Angeklagten, die durch ihre Straftat sämtlich Stellungslös geworden sind, auch noch Ratenzahlungen von monatlich 10 M.

Direktor Lehmann.

Ein Stellungsvermittlungsschwinder, der seine Fäden von Frankfurt a. M., Regensburg und Berlin aus stellte, wurde von der Berliner Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht. Ein Kaufmann Ernst Lehmann, der 31 Jahre alt und aus Donau-Üd gebürtig ist, machte als „Direktor“ der „Compania Lusitana de Maquinas in Lisboa“ bekannt, daß er für diese Gesellschaft Buchhalter, Expedienten, technische Leiter usw. suche, die nach Angola in Portugiesisch-Afrika gehen sollten. Es meldeten sich viele Bewerber und der „Herr Direktor“ nahm alle an. Zugleich er schrieb er ihnen, daß sie 15 Goldmark „zur Beschaffung eines Sammelußums“ an ihn einzulösen hätten. In Frankfurt wohnte Lehmann im Hotel Exzeßior, in Regensburg im Hotel Karmeliterbräu und in Berlin in der Pension Wela in der Friedrichstraße. Hierbei ließ er sich das Geld postlagernd nach dem Amt N. B. 7 schicken. Die Bewerber hörten natürlich nichts von ihm und seiner Gesellschaft, sobald sie die 15 M. eingekandt hatten. Auf Grund vieler Anzeigen schandete die Kriminalpolizei auf den Schwinder, dessen Wohnung sie nicht konnte und nahm ihn endlich fest, als er vom Postamt wieder Geld abholen wollte. Er hatte seine erbeutet, daß er überall einen guten Tag leben konnte. Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Wächter im Polizeipräsidium zu melden.

Die radikale „Pleite“.

Wegen Vergehens gegen § 21 des Preßgesetzes, in Verbindung mit § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik, hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Mitte, dessen Vorsitz Landgerichtsdirektor Steinhilber, der Schriftsteller Wieland Herzfeldt, Mitinhaber des „Kunst-Verlages“, vor verantwortet. Der Angeklagte hatte die in der Schweiz herausgegebene Zeitschrift „Die Pleite“ verbreitet, in deren Nummer 8 das Babebild, auf dem Reichspräsident Ebert und der damalige Reichswehrminister Roßke im Badestübium dargestellt waren, in einer Korrektur wiederholt worden war. Ebert und Roßke standen in einem Meer von „Proletariat“, in dem zahlreiche Leichen herumschwammen. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Justizrat Dr. Viktor Fraenkl hielt für diesen Fall das Republiksschutzgesetz nicht für anwendbar. Das Gericht kam zur Verurteilung des Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis. In dem Urteile wurde eine schwere Verlesung erblickt. Gegen das Urteil will der Angeklagte Berufung einlegen.

Entgelt von Straßenhändlern.

Der Magistrat hat in gemeinsamer Beratung mit den Vorstehenden der Bezirksamter die Erhebung eines Entgelts von Straßenhändlern und für Aufstellung von Waren vor Läden beschlossen. Hiernach sollen Straßenhändler, welche mit Borrüchtigen (Wagen, Tischen, Ständen usw.) auf den Straßen (Bürgersteigen) Handel treiben, ein Entgelt zahlen auf der Grundlage eines Einheitsfußes von 60 Goldmark je Stand und Jahr. Den Bezirksamtern bleibt es überlassen, den Satz nach Ermessen zu erhöhen oder zu erniedrigen oder überhaupt von jeder Erhebung Abstand zu nehmen, wie auch besondere Bedingungen zu stellen und den Handel bestimmter Arten oder in bestimmten Straßen einzuschränken bzw. zu verbieten. Die Heranziehung der Straßenhändler erfolgt durch das Bezirksamt ihres Standortes (nicht ihrer Wohnung). Bezüglich der Aufstellung von Waren vor Läden wird in gleicher Weise verfahren. Dessen Beschluß ist der Magistrat in seiner Sitzung vom 9. Juli beigetreten.

Wegen einer gefährlichen Explosion von Phosphor wurde die Feuerwehrt am Freitag nach der Lantwiler Straße 1 alarmiert wo in einer Drogerie eine Flasche mit Phosphor explodiert war und Menschenleben gefährdet wurden. Der Wehr gelang es unter Benutzung von Atemungsapparaten, weitere Gefahren zu verhüten. Eine Person ist erkrankt. — In der Treppenstraße in Hohenfischdauern explodierte ein Benzolbehälter auf der Straße. Auch dort gelang es der Wehr, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. — Am Friedrichshain ließ vor der Brauerei Friedrichshain ein Straßenbahnwagen mit einem bespannten Wagen zusammen, wobei ein Pferd unter den Straßenbahnwagen geriet und schwer verletzt wurde. Die Feuerwehr holte den Gaud unter dem Wagen hervor. — Kurfürstenstraße 16 fand ein Keller in Flammen, die an Papier reiche Nahrung gesunden hatten. Trop enormer Verqualmung konnte der Brand auf den Keller beschränkt werden.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Heiter und trocken, tags wärmer, schwache Südwestwind.

Für Deutschland. Ueberall heiter und trocken.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 12. Juli.
Tageseinstellung, Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenberichte.
5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle); 7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Margarete Cämmerer; „Reichzeit“ 9—10 Uhr abends: Quer durch die moderne Operette (Fall, Granichselder, Kalman, Strauß). Musikalische Leitung: Otto Urack, fr. Kapellm. a. d. Berliner Staatsoper. Mitwirkende: Elia Taschka, v. d. Großen Volksoper; Max Kuttner. Ein Kammerquintett. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Witterdienst, Sportnachrichten. 10.15—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Eine Antwort aus Ewinemünde.

Von der See- und Solbad G. m. b. H. wird uns folgendes geschrieben: „In Nr. 315 Ihres Blattes sind in dem Artikel „Aus den Ostseebädern“ auch über unser Bad verschiedene unangünstige Nachrichten verbreitet, die sich mit den Tatsachen nicht decken. Betreffs der Preise, die hier in Ewinemünde gefordert werden sollen, ist sonderbarerweise in diesem Jahre von allen Seiten Klage geführt worden und haben wir uns daher veranlaßt gesehen, am 4. d. M. Ihnen eine Preisliste der Bäderpreise für Ewinemünde zugehen zu lassen. Der Artikel befaßt unter anderem, daß im Baderhotel Zimmerpreise von 6,50 bis 15 M. verlangt werden; wenn sich dieses auf Zimmer mit zwei Betten beziehen soll, so würde der Preis allerdings ungefähr das Nützliche treffen, denn das Bett wird hier im allgemeinen mit 2,50 bis 3 M. angeboten. Daß in den ersten Hotels mit Atlantic usw. für die großen Luxuszimmer Bettpreise von 7,50 M. gefordert wurden, dürfte im Verhältnis zu eleganten Großstadthotels nicht als zu teuer zu bezeichnen sein. Betreffs der Preise für Mittagessen können wir Ihnen mitteilen, daß man hier für 1,50 M. ein reichliches Mittagessen einnehmen kann. Der Preis von 8 M. für ein reguläres Mittagessen ist uns hier nicht bekannt; sollte sich jedoch ein Gast ein Schlemmerbinder zusammenstellen lassen, so darf er sich auch über einen Preis von 8 M. nicht wundern. Bedienungsgelder betragen hier wie allwärts, wie sie auch seitens der Reinerwerbende tariflich festgelegt sind, 10 Proz. Es ist uns noch nicht ein einziger Fall von einer Beschwerde vorgekommen, daß hier 20 Proz. Bedienungsgelder erhoben wurden. Doch von diesen Trinkgeldern auch das Hilfspersonal bezahlt wird, entspricht nicht den Tatsachen. Wenn der Artikelschreiber glaubt, daß die Hotel- und Pensionsinhaber hier in Ewinemünde auf Rosen gebettet sind, so irrt er. Man darf nicht verkennen, daß unsere Saison wirklich nur mit 45 Tagen zu rechnen hat, daß aber die großen Steuerlasten (Grundsteuer, Hauszinssteuer) hier von 12 Monaten bezahlt werden müssen. Andererseits ist zu bedenken, daß die Gebäude gerade an der See der Witterung bei weitem mehr ausgesetzt sind als im Binnenlande und daher auch mehr Unterhaltungskosten brauchen. Nun, was die Badeverwaltung selbst anbetrifft, finden wir es ungerecht zu behaupten, daß die Kurkapelle wieder wie Kaiser Wilhelms Lieblingslied im Programm aufgenommen hat. Die Konzertprogramme werden von uns aufgestellt und legen wir peinlichst Gewicht darauf, jede politische Tendenz auch bei der Musik auszuschalten. Bei der Größe unseres Bades müssen wir schon aus geschäftlichen Gründen mit jedem Publikum rechnen und dürfte es auch dort bekannt sein, daß in Ewinemünde sich die herrschenden von der demokratischen Partei bei uns immer recht wohl gefühlt haben. Wenn es mal vorkommt, daß ein Jugendbund Ewinemünde einen Besuch abstattet, sind wir dagegen maßlos. Es ist aber seitens unseres Publikums immer anerkannt worden, daß wir alle Vorkehrungen getroffen haben, um jede Reibung hierbei zu vermeiden.“

Ein schwerer Verlust.

Zu der Notiz, die wir vor einigen Tagen unter dieser Ueberschrift brachten, schreibt uns Graf Reventlow:

„Ich erkläre, daß mir kein „unangenehmes Abenteuer“ zugefallen ist, und daß ich weder eine Briefkast, noch Geld, noch meinen Geburtschein, noch eine Dauerkarte für den Lunapark verloren habe. Es handelt sich bei der ganzen Geschichte um eine Verwechslung der „Potsdamer Tageszeitung“, nicht um meine Person, noch um irgend etwas, was mir gehört.“

Zudem erklärt uns Graf Reventlow, daß er „von einer Eingabe Dr. Mölles hinsichtlich der Sicherheit seiner Person“ weder etwas gewußt habe noch wisse.

Entschädigung von Siedlern durch Polen.

Auf Grund des Völkervertragsabchlusses vom 17. Juni 1924 stellt die Polnische Regierung einen Betrag von 2700.000 Goldfranken als Entschädigung für zunächst 500 annullierte Ansiedler zur Verfügung. Es entfällt auf jeden annullierten Pensionsansiedler ein Betrag von etwa 4700 Goldfranken, auf Pächter entsprechend weniger. Entschädigungsberechtigt sind nur solche Ansiedler, die zur Zeit der Annullation die polnische Staatsangehörigkeit besaßen haben.

Zum Zwecke der Verteilung und Auszahlung der Entschädigung wird von der Polnischen Regierung ein Vertrauensmann bestellt, dessen Entscheidung endgültig ist. Einstweilen ist dieser Vertrauensmann noch nicht ernannt. Anträge auf Gewährung der Entschädigung müssen binnen einer Ausschlussfrist von zwei Monaten, das heißt also bis zum 17. August d. J., bei dem Vertrauensmann eingereicht sein. Dem Antrag muß ein Nachweis über die polnische Staatsangehörigkeit und über die Ansiedlerreife beigefügt sein. Soweit sich erst auf Grund des Ergebnisses der zurzeit in Wien stattfindenden deutsch-polnischen Verhandlungen feststellen läßt, ob ein Ansiedler die polnische Staatsangehörigkeit zur Zeit der Annullation besaßen hat, läuft die vorbezeichnete Frist von zwei Monaten erst von dem Tage ab, an dem die deutsch-polnische Vereinbarung über den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit in Kraft getreten ist. Der Ansiedlersiedlungsbund, Charlottenburg, Berlin, Str. 137, hat für die Entschädigungsanträge ein Formular entworfen, das er sämtlichen in Frage kommenden Ansiedlern übersenden wird. Er ist auch bereit, den Ansiedlern mit seinem Rat zur Seite zu stehen.

Eine Ente. Die Telegraphen-Union will erfahren haben, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtvorordnetenversammlung den Rücktritt des Stadtvorordnetenvorstehers Gernsohn in Erwägung gezogen habe. Das ist eine ganz gewöhnliche Ente. Die Fraktion hat in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien lediglich festgestellt, daß vor Beendigung der Ferien für sie keine Veranlassung vorliegt, sich mit dem Konflikt im Rathaus erneut zu befassen. Von dem Rücktritt des Vorstehers ist nirgends die Rede gewesen.

Wo ist die Endhaltestelle? Man schreibt uns: Interessante Experimente scheint die Verwaltung der Straßenbahn mit der vor einigen Wochen neu errichteten Linie 154 angestellt zu haben. Die Wagen der Linie, die zwischen Spandau und dem Halleschen Tor verkehren, hatten ihren Stand an der Endhaltestelle Hallesches Tor in den ersten Tagen am Kesse-Alliance-Platz an der Lindenstraße. Nach einiger Zeit waren die Wagen von dort verschwunden und dem suchenden Fahrgast wurde nach langem Warten von Spandauer anderer Artien bedeutet, daß die 154 nunmehr am Köpenicker Platz, gegenüber dem Warenhaus von Jandorf ihren Standplatz hat. Wer auch das schiefer der Verwaltung nicht zu gefallen, obwohl die Wagen hier, unbedeutend vom sonstigen Verkehr, auf Fahrgäste warten konnten. In den letzten Tagen ist der Köpenicker Platz nun wiederum, als das dritte mal verlegt worden, und zwar an die Ecke des Halleschen Ufers und der Köpenicker Straße. Hier hatten die Wagen auf einem Zuwegungsplatz, das zwischen zwei befahrenen Straßen liegt. Die verkehrenden Wagen der hier verüberkommenden sechs Linien bilden eine ständige Gefahr für die einwirkenden Fahrgäste. Es steht außer Zweifel, daß die Zahl der Verkehrsunfälle an dieser Stelle in nächster Zeit vermehrt wird. Die Bahnverwaltung hat aber erreicht, daß die Fahrgäste immer an der verkehrten Stelle auf werden, bald überhaupt nicht mehr wissen, wo sich die Endhaltestelle befindet.

Wählpreise. Für den Bezirk der Stadt Berlin betragen vom 13. Juli ab die Preise für Wählkarten bei Abgabe der Briefe von Kleinwählern an den Verbraucher 30 Gpf., bei Abgabe der Briefe von Wählern an den Verbraucher 33 Gpf., für Wählkarten 9 Gpf. Die A-Wählkarten werden mit 1/2 M., die B-Wählkarten sowie die Karten für werdende Wähler (C-Karten) mit 1/2 M. Wählkarten geliefert.

Der Fall des Massenmörders Haarmann

Die Verbrechen des Hannoveraners Haarmann halten mit Recht die Öffentlichkeit in Atem. Es erscheint schier unglücklich, daß ein Mensch im Laufe von sechs Jahren in einer Großstadt wie Hannover sein Unwesen treiben konnte — etwa einhundert Dutzend junger Menschen das Leben nehmen durfte. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Kriminalpolizei, über deren Tätigkeit vom Innenminister eine Untersuchung eingeleitet ist, eine Unterlassungsschuld trifft. Das Bemerkenswerte in diesem Falle liegt aber nicht in der Verbrechen des Täters, nicht in der Eigenartigkeit seiner Beziehungen zu den Opfern.

Großmann—Haarmann.

Steht man von der ungeheuerlich großen Zahl der Opfer ab, so weisen die Untaten Haarmanns in so mancher Hinsicht Ähnlichkeiten mit denen des Berliner Massenmörders Großmann auf. Wie Großmann, habe auch Haarmann sich bereits früher an unreifen Kindern vergreifen. Beide hätten Zuchthausstrafen hinter sich — Großmann wegen Stillschleppens, Haarmann wegen Einbruchdiebstählen. Beide wohnten in der verkehrsreichsten Gegend und handelten mit allerlei altem Zeug. Gleich Großmann suchte auch Haarmann seine Opfer unter den Obdachlosen — deshalb wurden hier und dort so wenig derselben vermisst. Beide zerstückelten die Leichen der Ermordeten und in beiden Fällen dienten zu ihrer endgültigen Ueberführung die von ihnen veräußerten und in ihrer Wohnung aufbewahrten Kleidungsstücke. Von dem einen wie von dem anderen wird behauptet, daß sie das Fleisch der Getöteten verarbeitet und verkauft hätten. Viel Aufsehen hat der Umstand erregt, daß Haarmann der Polizei als Bigamist Dienste geleistet habe. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß er dadurch ihre Wachsamkeit sich gegenüber eingekauft habe. Jedoch so natürlich es erscheint, daß die Kriminalpolizei sich ihre Kenntnisse überall schöpft, wo sie sie erhalten kann, so ungeheuerlich müde es an, daß dieser Mensch, der alle Verantwortung hatte, die Kriminalpolizei in großem Bogen zu umgehen, im Gegenteil zu ihr engste Beziehungen unterhielt.

Wie war es möglich?

Der springende Punkt des ganzen Falles — fehlt man von der Sensation ab — liegt auf ganz anderem Gebiete. Hätte nicht Haarmann, wie es auch sonst oft den schlauen Verbrechen passiert ist, eine von seinem Standpunkte aus unverzeihliche Unvorsichtigkeit begangen, — die Köpfe und die Fleischstücke ohne Ballast in die Weine zu versenken, wer weiß, wieviele junge Menschen ihm noch zum Opfer gefallen wären. Nur weil hintereinander mehrere Köpfe ans Meer geschwemmt kamen, lenkte sich der Verdacht der Polizei auf Haarmann, der bekanntlich schon im Jahre 1921 bereits unter dem Verdacht gestanden hat, zwei junge Menschen ermordet zu haben, mit denen er intime Beziehungen unterhielt. Und gerade hierin liegt das Komische an dem die Öffentlichkeit im Interesse ihres Selbstschutzes in diesem ganzen unaussprechlichen

gräßlichen Kriminalfall anknüpfen muß. Wie war es möglich, daß ein Mensch, der bereits im Alter von 18 Jahren von der Irrenanstalt, in die er wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zur Untersuchung seines Geisteszustandes eingeliefert worden war, für unzurechnungsfähig erklärt wurde, unbehelligt, zum Schaden seiner Mitmenschen, frei herumlaufen durfte? Wie war es möglich, daß ein Mensch, der mehrere Gefängnis- und Zuchthausstrafen wegen gemeinsamer Verbrechen verbüßt hatte, auch ferner keine Mitmenschen gefährden konnte? Wie war es endlich möglich, daß ein Zuchthäuser, der im Verdacht stand, zwei junge Menschen ermordet zu haben, unbeobachtet weiter ungezügelt Morde begehen durfte? Das ist eben der Fluch unseres Strafrechts und unseres Strafvollzugs: es schafft immer neue noch schrecklichere Verbrechen und Verbrecher, anstatt die Gesellschaft von Verbrechen und Verbrechern zu schützen. So gibt es noch immer keine Anstalten für unzurechnungsfähige gemeingefährliche Menschen. So begnügt sich der Richter noch immer damit, im Strafgesetzbuch dem entsprechenden Sprachparagraphen nachzuschlagen: es kümmert ihn sehr wenig, ob das zweifelsohne gemeingefährliche Individuum nach Abschloßung seiner Strafe nicht noch viel gemeingefährlicher geworden ist, als er es beim Eintritt derselben war. So glauben Polizei und Untersuchungsrichter ihren Aufgaben gerecht geworden zu sein, wenn sie alle Indizien gegen den Verdächtigen des Verbrechens zu überführen, so wird er eben in Freiheit gesetzt und kann sein Unwesen weitertreiben.

Der Fall Haarmann liefert den klassischen Beweis für die Richtigkeit all dieser Behauptungen. Ein Unzurechnungsfähiger darf frei herumlaufen, ein Zuchthäuser weiter Verbrechen begehen, einer des zweifelsvollen Mordes Verdächtiger darf ungestört seine Opfer auch weiter hinschlachten. So wird der Fall Haarmann zur Anklage gegen das herrschende Strafsystem, ein Warnruf für unsere Kriminalisten, besonders für die Praktiker, die da glauben durch schließliche Abänderung der Gerichtsvollziehung dem Volksempfinden Genüge getan zu haben, anstatt das Uebel an der Wurzel zu fassen. Nicht auf die Tat kommt es an, sondern auf den Täter, und der ist allein nach seiner Gefährlichkeit zu beurteilen — er ist zu bessern oder zu isolieren. Ein Drittes gibt es nicht. Das ist der Standpunkt des italienischen Strafrechtswissenschaftlers, dessen Schöpfer der Sozialist Enrico Ferri ist. Nun wird man des langen und des breiten über Haarmanns Geisteszustand diskutieren. Haarmann wird höchstwahrscheinlich seiner „Sühne“ als „Gesunder“ nicht entgehen. Die Mitschuld jedoch an dem Tod dieser unschuldigen jungen Menschen trifft unser ganz veraltetes und veraltetes Strafsystem. Das sind die Lehren, die aus diesem ungeheuerlichen Fall in erster Linie zu ziehen wären.

Einem Selbstmordversuch mittels Leuchtgas verübte gestern Abend ein Arbeiter Hübn er in seiner Wohnung Brandenburgerstr. 80 in Wilmsdorf, indem er sich in Abwesenheit der Mietschuldnerin in der Küche einen Gasschlauch in den Mund steckte. Hausbewohner wurden durch das ausströmende Gas aufmerksam gemacht und benutzten die Feuerwehr. Die Samariter stellten Wiederbelebungsvorläufe an, die von Erfolg waren.

Ein Stadtteil in Messina niedergebrannt.

Schüler als Brandstifter?

Eine ungeheure Feuersbrunst hat Messina heimgesucht. Das Feuer war in der Normalsschule ausgebrochen und breitete sich auf Karmeliterkirche und Gymnasium aus. Als die Flammen auf die benachbarten Holzhäuser übergriffen, war bald der ganze Stadtteil niedergebrannt. 1500 Personen sind obdachlos, drei Wehrleute bei den Rettungsarbeiten verwundet. Man vermutet, daß Schüler des Gymnasiums aus Angst vor der Prüfungskommission das Feuer angelegt haben. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen von Leuten vor, die das auf den Straßen aufgestellte Hausgerät zu stechen versuchten. Es wird geglaubt, daß so viele Jahre nach dem schweren Erdbeben behördlicherseits noch nichts geschehen sei, die Bevölkerung aus den lebensgefährlichen Baracken zu befreien.

Das Fernidentitätsverfahren.

Die Arbeiten des in Joppot tagenden Polizeikonferenzen haben mit Vorträgen über das Fernidentitätsverfahren begonnen. Der kopenhagener Kriminalbeamte, Hagen Joergensen, hat die Fingerabdrücke mit Ziffern bezeichnet und die internationalen Verbrecher in einem dänisch-österreichischen Adressbuch perzeichnet. Der Berliner Kriminalkommissar Schnelker berichtete über die Bewirkung der im Vorjahre in Wien gefaßten Beschlüsse zur einheitlichen Organisation des internationalen Fahndungsdienstes, die Schaffung einer internationalen Polizeizentrale, eines einheitlichen Adressbuches für Stadtbüro und dergleichen. Die Fernphotographie sei noch nicht weit genug entwickelt, um für die praktische Kriminalistik ernstlich in Betracht zu kommen. Der Chef der polnischen Reichspolizei, Dr. Sonnenberg, trat in energischer Weise für die Abschaffung des Postwanges für Polizeibeamte ein. Von einigen Kongreßmitgliedern ist die Schaffung einer Organisation für verstärkte Zusammenarbeit der Polizeibeamten erwogen worden, die sich mit der Ueberwachung von Spielfeldern, Berufsjuden, Falschspielern, Spitzelkünstlern usw. befassen soll. Die Zahl dieser internationalen Spieler beträgt etwa 2000. Das Erdbeben des Warschauer Kriminalchefs Sonnenberg in den Kasse- und Baccarat-Sälen im Joppoter Kasino rief gestern Abend unter den zahlreichen Gästen sichtlich Bestürzung hervor.

Polizei im Grunde mit Schmutzgeräten.

Die Eindeckung einer Organisation innerhalb der polnischen Grenzpolizei, welche denselben Banden, zu deren Bekämpfung sie gebildet worden ist, Vorschub leistete, erregt großes Aufsehen. Um die ganze Gruppe polizeilicher Helfershelfer mit einem Schlag festzunehmen, sind die Behörden folgendermaßen vorgegangen. Dem im Verdacht der Mitwisserschaft stehenden Polizeioffizier Kotarbinski wurde der Auftrag erteilt, eine Truppe zur Verfolgung der Banditen zu organisieren. Wie zu erwarten war, zog Kotarbinski dazu ausschließlich seine Komplizen heran, worauf er beauftragt wurde, diese Kolonne nach Wisleja zu führen. Dort wurde die ganze Gruppe von Truppen erwartet, sogleich umzingelt und entwaffnet. Die Ueberresten leisteten keinen Widerstand.

Das Flugzeug auf der Straße. Aus Kassel wird gemeldet, daß der durch seine Landung in Berlin unter den Linden bekannte Pilot Raab vor dem Fabrikator eines Flugzeugwerkes in der Körnerstraße in Kassel nach kurzem Start zu einem Rundflug über der Stadt aufstieg und es später gleich vor der neuen Flughafen in Kassel-Waldau landete. Es ist dies der erste gelungene Abflug eines Passagiereinflugzeuges von der Straße einer Stadt aus.

Zahlreiche Briefkastenverraubungen hatten sich in der letzten Zeit in Hamburg ereignet. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Anführer der Briefkastenverraubungen zu verhaften. Es ist eine in der Umkleekabine wohnende Witwe, bei der die inzwischend verhafteten Postbriefkastenräuber als Untermieter gewohnt hatten. Die Schlüssel zu den Postbriefkästen wurden in ihrer Wohnung beschlagnahmt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg, heute, Sonnabend, abends 7 Uhr. Sitzung des Kreisbildungsausschusses in der Erntedankfesthalle, Kommandstr. 11, Zimmer 15.

heute, Sonnabend, den 12. Juli:

- 24. Abt. Genosse Johann Schäfer, Großstr. 2. und Genossin Martha Schäfer besetzen heute das Fest der Silberhochzeit. Herzliche Glückwünsche dem Silberpaar.
- 26. Abt. Nachmittags 4 Uhr gefälliges Beisammensein im „Räthen Hof“, Reichensacker Weg 18. (Gartenfest, Tanz, Verlosung usw.) Einheitspartei bei den Funktionären und an der Kasse.
- 137. Abt. Reinickendorf-Bez. Abends gemütliches Beisammensein im Volkshaus.
- Jugendgruppen Gruppen Freizeitsport und Sitten: Fahrt nach Tiefensee. Treffpunkt Sonnabend abends 6 Uhr vor dem Wriezener Bahnhof.

Morgen, Sonntag, den 13. Juli:

- 104. Abt. Niederhavel-Bez. Familienausflug nach Rehdorf-Sadowa (an der Spree). Treffpunkt 2 Uhr am Hünepol. Hausbesitzer Straße. Gänge willkommen.
- 141. Abt. Reichthal. Nachmittags 3 Uhr im Gartenlokal Waldemar Schneider, Hauptstr. 2. Hofstr. bestehend aus Rongert, turnerischen Vorführungen und Vorträgen, ausgeführt von der sozialistischen Arbeiterjugend.

Jugendveranstaltungen.

Kameradschaften zum Ferienaufenthalt im Landheim in Brandenburg (für die Zeit nach dem 20. Juli) werden unter gleichzeitiger Anbahnung im Jugendsekretariat Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 11, entgegengenommen.

Achtung, Abteilungsleiter! Die fehlenden Jugend-Programme müssen umgehend eingeleitet werden.

heute, Sonnabend, den 12. Juli:

- Kameradschaften: Jugendheim Gräbner 16, Vorkong. — Reichthaler V: Fahrt nach Berlin. Treffpunkt 7 Uhr am Hünepol. — Reichthaler V: Fahrt nach Berlin. Treffpunkt 7 Uhr am Hünepol. — Reichthaler V: Fahrt nach Berlin. Treffpunkt 7 Uhr am Hünepol.
- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin, G. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Die Kameradschaft 19 (Wanted) trifft sich am Montag, den 14. Juli, pünktlich um 8 Uhr, bei Walter (Karlstr. 10), Breite Str. 14. Republikaner als Gäste freundlich willkommen. Jugendgruppen: Sämtliche Jugendkammern der Kameradschaft 19: Auftreten am Sonntag, den 13. Juli, früh 7½ Uhr, zur Uebung (Wanteder Allee). Keiner darf fehlen.
- Steiniger: Das nächste Beisammensein der Steiniger findet am Montag, den 14. Juli, wieder im Brunnenbad-Kasino, Brunnenbad, Haberstraße 7-9, statt.
- Die Havelische Gemeinde zu Berlin, G. 8, feiert am Sonntag, den 13. Juli, in der Hofkirche zu Wilmsdorf 13-15-17 (Gourbau Platz) und ladet hierzu alle Anwohner ein. (Potodamer Ringbahnhof 8.28 Uhr früh.)

Sport.

Verbot der Radrennen in Kuhlleben. Die ersten Berufsradrennen, die der neu gegründete Berufsradfahrerverband nach einigen Versäumnissen am Sonntag auf der Rennbahn Kuhlleben veranstalten wollte, sind jetzt vom Polizeipräsidenten, der die Bahn für Radrennen für ungeeignet hält, verboten worden. — (Wie wir erfahren, ist jetzt auch die Radrennbahn Rüschers i. B. aus dem B. D. R. ausgetreten und hat sich dem Deutschen Berufsradfahrerverband angeschlossen. Schon in aller nächster Zeit finden dort Berufsradrennen statt.)

Motorradrennen auf der Olympia-Radrennbahn. Auf der Olympia-Radrennbahn finden am Sonntag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, eine große Anzahl Motorradrennen des B. D. R. G. statt, darunter auch einige Hindernisrennen, die überall so großen Anklang fanden sowie ein Hindernisrennen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein unangenehmes Geschwür in der orthopädischen Fußschonung wird durch die Schuhteile „Pneumette“ erzielt. Diese hebt das Fußgewölbe nicht durch einen harten Stahl- oder Metallbogen, wie bisher üblich, sondern durch ein weiches Luftkissen. Die Pneumette schont die Fußknochen und ohne Druck von innen an. Die Fußknochen werden durch einen weichen Luftkissen durch langsame Vermehrung der Luftkissen wird eine allmähliche Hebung des Fußgewölbes im Laufe der Zeit und damit eine sehr schonende Behandlung ermöglicht. Die Erfolge sind ausgezeichnet.

Die Firma Leiser, Schuhhaus größten Stils, welche den Generalvertrieb für Groß-Berlin inne hat, versendet Prospekte und erteilt alle gewünschten Auskünfte über diese legendäre Heuerung.

Die Berufskrankheit des Verkäufers



Der Beruf des Verkäufers bringt als unvermeidliche Begleiterscheinung Fußschmerzen und rheumatische Beschwerden mit sich. Schuld daran ist die Uebermüdung des Fußes und die allmähliche Senkung des Fußgewölbes als Folge der stehenden Lebensweise. Gegen diese schmerzhaften Leiden helfen keine Kuren irgend welcher Art, sondern einzig und allein die Hebung des überlasteten Fußbogens. Dazu dient die pneumatische Schuheinlage

Pneumette

welche das Fußgewölbe durch ein weiches Luftkissen (4 D. R. P.) stützt und hebt.

Sie paßt sich schmiegsam und elastisch dem Fuße an und unterstützt die natürlichen Gelenkbewegungen.

Beim Gebrauch der Pneumette verschwinden die Fußschmerzen und der vermeintliche Rheumatismus gewöhnlich „wie durch ein Wunder“.

Empfinde keine Schmerzen mehr.

Seit ich im Besitze Ihrer Pneumette-Einlagen bin, empfinde ich keine Schmerzen mehr beim Gehen. Ich spreche meine vollste Zufriedenheit aus und empfehle Ihre Einlagen auf alle Weise.

Jenta H., Apfl., Vahrstr. 42.

In einer Woche waren die geschwollenen Füße verschwunden.

Schon am ersten Tage konnte ich mit Ihrer Pneumette gut laufen. In einer Woche waren meine geschwollenen Füße vollständig verschwunden, so daß ich jetzt, nach 8 Wochen, wieder gehen kann wie früher. Kann daher Pneumette jedermann, besonders in meinem Berufe, sehr empfehlen.

Elsa V., Kaiserstr., München

Die qualvollen Fußschmerzen sind verschwunden.

Mit Ihren Pneumette-Einlagen bin ich sehr zufrieden. Schon in den ersten Tagen verspürte ich eine merkwürdige Besserung und jetzt, nach etwa 4 Wochen, bin ich angenehm erkrankt, das völlige Ausbleiben meiner oft qualvollen Fußschmerzen konstatieren zu können.

Anni R., Verläuferin, Berlin

Sehr angenehm zu tragen.

Ich hatte vorher schon Einlagen mit Metallfedern. Diese haben mir aber immer Schmerz gemacht, wenn ich viel auf den Füßen war. Die Pneumette ist sehr angenehm zu tragen und ermüdet den Fuß nicht. Die Erfindung ist von höchem Werte für Fußleidende.

H. W., Kaiserstr., Mannheim

Habe keine Schmerzen mehr beim Gehen.

Ich will Ihnen kurz mitteilen daß ich mit der Pneumette sehr zufrieden bin und keine Schmerzen mehr beim Gehen habe. Ich kann die Pneumette nur jedermann bestens empfehlen.

E. B., Verläuferin, München.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwundlich, auch beim stärksten Gebrauch. Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette kostenlos 8 Tage zur Probe.

Ueberzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfrei Gehen nicht dies Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgenstationen, Leipziger Str. 64 (11-2 u. 4-6) und Friedrichstraße 179 (11-1 u. 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:

Leipziger Straße 64
Tautenzienstr. 20
Friedrichstr. 179
Königstr. 34
Moabit, Turmstr. 50

Neukölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14
Oranienstr. 34
Oranienstr. 47a
Müllerstr. 3a

Leipzig: Kaufhaus Ury Gebrüder, A.-G. — Dresden: Residenz-Kaufhaus. — Erfurt: Kaufhaus Römischer Kaiser G.m.b.H. — Mannheim: Hill & Müller, N 3, 11/12. — Stuttgart: Wilhelm Spring, innere Büchsenstraße 23. Schriftl. Anfragen von außerhalb dieser Städte sind zu richten an: Kreuzversand Alfred Klotz München, Lindwurmstr. 76

Der Luftfahrerdank-Skandal.

Ein dunkles Kapitel der Kriegskorruption.

Es hat lange gedauert, bis der Herr sich gemeldet hat, der nach dem Bericht über den Luftfahrerdank-Prozess es mit seinem Gewissen hat vereinbaren können...

Der „Vorwärts“ hat in der Nummer vom 3. Juli d. J. gelegentlich der Berichterstattung über ein Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Luftfahrerdank G. m. b. H. Auffarth sich mit dem Namen von der Goltz befaßt...

von der Goltz als Schurke

gedruckt worden. Ich ersuche Sie, auf Grund des § 11 des Prozeßgesetzes, den oben erwähnten Artikel wie folgt zu berichtigen:

1. Es handelt sich nicht um den Luftkämpfer Graf von der Goltz, sondern um mich, den General der Infanterie Freiherrn von der Goltz.

2. Ich habe niemals aus den Mitteln des Luftfahrerdank E. B. irgendwelche Lantienne oder sonst irgendwelche Gelder erhalten.

3. Das Vermögen des Luftfahrerdank E. B., das sich aus freiwilligen Sammlungen und Spenden zusammensetzte und für die im Felde verunglückten Flieger bestimmt war, ist von der Darmstädter Bank verwaltet, und die Verwaltung ist geleistet worden von dem Vorsitzenden des Vorstandes der Darmstädter Bank, dem inzwischen verstorbenen Geheimen Oberfinanzrat von Rilling.

4. Aus den Sammlungen des Luftfahrerdank E. B. sind während des Krieges circa 100000 M. an verunglückte Flieger verteilt worden.

5. Im Sommer 1918 habe ich nach einer überstandenen sehr schweren Operation das Präsidium im Luftfahrerdank E. B. niedergelegt und die Darmstädter Bank angewiesen, daß dort angesammelte, niemals aber von mir verwaltete für die verunglückten Flieger bestimmte Vermögen des Luftfahrerdank im Betrage von circa 680000 M. zur Verfügung meines Nachfolgers im Präsidium, des Major von Tschudi, zu halten, was auch geschehen ist.

6. Neben dem Luftfahrerdank E. B. bestand eine reine Erwerbsgesellschaft, Luftfahrerdank G. m. b. H.

Bei dieser Gesellschaft war ich mit einem Geschäftsanteil beteiligt, für den ich ein bares Kapital von 10000 M. eingezahlt habe. Mit der G. m. b. H. war die Vereinbarung getroffen, daß sie von allem, was sie an Gewinnen erzielte, 40 Proz. dem Luftfahrerdank E. B. überlassen und außerdem alle, wie immer gearteten Unkosten tragen müsse, die dem Luftfahrerdank E. B. entstünden, so daß der Luftfahrerdank E. B. ohne jeden Abzug alles bekäme, was für ihn im Volke gesammelt würde...

7. Geschäftsführer der G. m. b. H. war der im Strafverfahren genannte Auffarth. Als Auffarth, wie ich später erfuhr, 40 Proz. der Gewinne an den Luftfahrerdank E. B. abführen wollte,

wurde von der Darmstädter Bank der Rat gegeben, das nicht zu tun,

denn eine Gesellschaft, die jährlich 40 Proz. ihrer Gewinne weggeben müsse, würde in einigen Jahren kaputtgehen. Das hat Herr von Rilling (der verstorbenen D. Red.) persönlich erklärt. Infolgedessen wurde mit der G. m. b. H. abgeprochen, sie solle die für den Luftfahrerdank bestimmten 40 Proz. ihrer Gewinne annehmen, bis das ganze Gesellschaftsvermögen Verwendung finden könne, und dann solle sie das angesammelte Kapital an den Luftfahrerdank E. B. ausliefern. Ich selbst hatte mit dieser abändernden Bestimmung nur insofern zu tun, als ich indirekt in meiner Eigenschaft als Präsident der Luftfahrerdank E. B. daran interessiert war, die für den E. B. zu erwartenden Einnahmen zu sichern, und ich habe sogar bei jener Gelegenheit durchgesetzt, daß bei der G. m. b. H. keinerlei Dividenden mehr verteilt werden sollten,

weil schon so viel verteilt war, daß alle Gesellschafter ihre eingezahlten Kapitalien zurückbekommen hätten,

vielmehr wurde festgesetzt, es sollten die ganzen Gewinne reiflos an den E. B. abgeführt werden. Längere Zeit später, als ich in Ebenhausen in einem Sanatorium in der Helonsalzburg war, erfuhr ich durch Herrn von Tschudi, die Angelegenheiten bei der Luftfahrerdank G. m. b. H. kämen ihm

nicht ganz subreclin

vor und habe er den Verdacht, daß dort Unrechtes geschehen sei. Sobald ich hiervon erfuhr, habe ich ohne jeden Verzug das Präsidium bei dem Luftfahrerdank E. B. niedergelegt und meine Anteile bei der G. m. b. H. verkauft und seither habe ich mit den ganzen Angelegenheiten nicht mehr das geringste zu tun gehabt. Deshalb ist in der Strafsache Auffarth überhaupt erwähnt oder gar damit in Zusammenhang gebracht wurde, daß Lantienne verteilt worden seien, ist nur so erklärlich, daß verwechselt worden ist das Präsidium bei der Luftfahrerdank E. B. mit der Geschäftsführung bei der G. m. b. H., mit welcher letzteren ich niemals das Geringste zu tun gehabt habe, da ich niemals an der Geschäftsführung der G. m. b. H. gehört habe.

8. Es ist unwar, daß ein Strafverfahren gegen mich infolge der Amnestie zur Einstellung gekommen ist. Wahr ist vielmehr, daß ich, ebenso wie eine Reihe anderer Herren, die mit dem Luftfahrerdank zu tun hatten, solange in das Auffarth'sche Strafverfahren mitverwickelt waren, als nicht der Sachverhalt und der Zusammenhang zwischen G. m. b. H. und E. B. reiflos geklärt war. Sobald diese Klärung vorlag, ist, und zwar schon im Room-

ber 1922, durch einen Beschluß der Strafkammer 4 des Landgerichts III Berlin das Verfahren gegen mich eingestellt worden.

Hochachtungsvoll
gez. Freiherr von der Goltz, General der Infanterie a. D.

Soweit der kaiserliche kommandierende General der Infanterie a. D. Freiherr v. d. Goltz. Wir glauben nicht, daß der General selber der Verfasser dieses Dokumentes ist. Zu offenkundig sind die heinebe „jüdischen“ Schliche, mit denen diese sogenannte „Berichtigung“ die springenden Punkte umgeht. Wir halten es deshalb für gut, die Sache doch etwas klarer zu stellen, als der Herr General es tut. Es ist richtig, mit der Geschäftsführung hatte der General juristisch nichts zu tun, er war „nur“ einfacher Gesellschafter. Aber der General war außer dem Geschäftsführer Auffarth der einzige Gesellschafter! Als einziger Gesellschafter hat er natürlich ganz genau gewußt und mußte er wissen, um was für ein Unternehmen es sich handelte. Von einem kommandierenden General kann man wenigstens nicht annehmen, daß er in einer solchen Lage als einziger Gesellschafter neben dem Geschäftsführer nicht gewußt haben soll, was für Geschäfte dort „getätigt“ wurden. Er selber gibt zu, daß das von ihm eingezahlte Gesellschaftskapital — doch offenbar aus Gewinnen — wieder zurückgezahlt worden ist. Er schweigt über die ihm gezahlte Lantienne — denn er hat sie erhalten. Er spricht nur davon, daß keine „Dividenden“ verteilt worden seien, denn — das war auch nicht mehr nötig. Der General schweigt auch davon, daß er seine Geschäftsanteile 1918, als Major v. Tschudi ihn auf die Unlawberei dieser Gesellschaft aufmerksam machte, eben an den Geschäftsführer Auffarth verkaufte. Er schweigt sich darüber aus, daß er die Geschäftsanteile des Luftfahrerdank G. m. b. H. im Jahre 1915 übernommen hat, nachdem er vorübergehend während seiner Tätigkeit „im Felde“ ausgeschieden war. Er muß also sehr genau gewußt haben, warum er, wieder in der Heimat angekommen, 1915 sein geschäftliches Interesse dieser Gesellschaft wieder zugewandt hat. Wir haben den Mann, der 1916 aus den Gewinnen dieser Gesellschaft die Riesenlantienne von 32000 M. bezogen hat, als Schurken gedruckt. Der General stellt in seiner Berichtigung selber nicht das Verlangen, daß wir diese Kennzeichnung zurücknehmen sollen. Wir wären dazu auch nicht in der Lage. Die Leute, die mit den Geschäften dieses Luftfahrerdank zu tun gehabt haben, die die Wohltätigkeitsfirma vorschlügen, um Zehntausende in die eigenen Taschen zu lenken, sind Schurken. Der General mag uns verklagen, wenn er diese moralische Kennzeichnung für unrichtig hält oder wenn er glaubt, in einem Prozeß sich reinwaschen zu können. Das wird ihm nicht gelingen. Dafür zeugt allein seine „Berichtigung“.

In all diesen Dingen enthüllt sich ein Abgrund ungeheuerlicher Korruption. Die Fliegerwitwen und -waisen, deren Interesse zu schützen man vorgab (denn welchen Sinn hätte sonst für eine „Erwerbsgesellschaft“ der schöne Titel „Luftfahrerdank“ gehabt), sie haben keinen Pfennig von den Geldern zu sehen bekommen, die dort gestohlen und zusammen geschoben wurden. Hier enthüllt sich ein Bild, das selbst im kaiserlichen Deutschland ungewöhnlich war: Patriotismus und Nächstenliebe als Aushängeschild, schmutziger, gemeiner Schachergeist als wirkliche Triebfeder. Natürlich war es nicht der kaiserliche General der Infanterie allein, der in diese Affären verwickelt war. Neben dem Geschäftsführer Auffarth haben auch andere Offiziere der alten Armee sich an diesen gewinnbringenden „Transaktionen“ beteiligt. Der Luftfahrerdank-Skandal ist nur ein kleiner Ausschnitt aus all dem Widerwärtigen, was im Schatten des Absolutismus, der allmächtigen Offiziersuniform, in der unkontrollierbaren Atmosphäre der Kriegsschiebungen hoher und höchster Kreise seine üblen Blüten entwickeln konnte. Das Volk kämpfte und darbt, es hungerte und hielt aus bis zum bitteren Ende, während kommandierende Generale wie Herr v. d. Goltz Lantiennen einsteckten. Zum Lohn wird es beschimpft und begeißelt, zum Dank erfindet man die Dolchstoßlegende. Wie lange noch dürfen die Vertreter dieser Gesellschaft dem Volk vor die Augen treten?

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes items like Gerstengraupen, Hafergrütze, Weizenmehl, Speiseeis, etc.

Wirtschaft

Wer trägt den Schutzoll?

Bei der Einführung der Getreidezölle beruft sich die Regierung in der Vorlage darauf, daß das Ausland in hohem Maße beim Weizen bis zur Hälfte den Zoll trage. Das Zahlenmaterial, das sie zum Beweise ihrer Behauptung anführt, widerlegt jedoch diese Annahme, anstatt sie zu belegen. Wir bringen nachstehend die Zahlen für Roggen und Weizen, und zwar sind gegenübergestellt einmal die Weizenpreise frei deutscher Grenze, also unverzollt, ferner die Inlandspreise am Berliner Markt, und schließlich die Preise, die sich ergeben würden, wenn man auf die an der Grenze gezahlten Getreidepreise den Zoll voll aufschlägt. Alle Preise lauten auf 100 Kilogramm. Demnach war die Entwicklung folgende:

Weizen: Vertragstarif 5,50 M. pro Doppelzentner

Table showing wheat prices from 1905 to 1913, comparing free border prices, Berlin market prices, and prices with full duty.

Roggen: Vertragstarif 5 M. pro Doppelzentner

Table showing rye prices from 1905 to 1913, comparing free border prices, Berlin market prices, and prices with full duty.

Zieht man nun den Berliner Preis von demjenigen Preise ab, der sich nach Hinzurechnung des Zolles auf den an der Grenze gezahlten Preis ergibt, so erhält man den Zollanteil, den das Ausland getragen hat. Die Rechnung ist im folgenden durchgeführt und dabei festgestellt, wie hoch der prozentuale Anteil des Auslandes an der Tragung der deutschen Getreidezölle ist.

Table showing the percentage of foreign share in the burden of German grain duties for wheat and rye from 1905 to 1913.

Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß in allen Jahren, außer dem Jahre 1905, der Anteil des deutschen Schutzollens, der vom Ausland getragen wurde, ein Drittel des gesamten Zolles nur an zwei Stellen überschritten hat. In den meisten Jahren aber betrug der vom Ausland zu tragende Zollanteil bedeutend weniger. Am höchsten war noch der Zollanteil des Auslandes 1913 beim Weizen mit 36,5 Proz. In anderen Jahren dagegen blieb er weit dahinter zurück, so 1907 mit 10 und 1910 mit 7,8 Proz. Beim Roggen schwankt der Zollanteil, der vom Ausland getragen wurde, zwischen 6,4 und 26,8 Proz.; er ist nur im Jahre 1905 mit 31,5 Proz. noch wesentlich über dieser Grenze.

Doch der Zollanteil des Auslandes im Jahre 1905 ist besonders hoch errechnet, ist die Folge nicht etwa des Schutzolltarifs, sondern einer recht auffällenden Versehen der Reichsregierung. Sie stellt nämlich in der Vorlage den Schutzoll für 1905 mit 5 M. bzw. 5,50 M. ein. Tatsächlich galten aber bis zum 1. März 1906 noch die Tariffsätze des Zolltarifs von 1892 mit 3,50 M. für den Doppelzentner Roggen und Weizen. Es muß dahingestellt bleiben, ob dieses Versehen durch die Unfähigkeit derjenigen Stelle, die diese Fragen bearbeitet, oder auf ihren Uebereifer, die Schutzölle schmähhaft zu machen, zurückzuführen ist.

Liegt man also das Jahr 1905, das fälschlich in die Aufstellung geraten ist, außer Ansatz, so ergibt sich für die acht Jahre 1906 bis 1913, daß das Ausland durchschnittlich beim Weizen 17 Proz., beim Roggen 16,2 Proz. des Zolles getragen hat. Dafür zahlte der deutsche Verbraucher im Brot einen Preis für Roggen und Weizen, der um mehr als vier Fünftel, nämlich bei Weizen um 83 Proz. des Zolles und bei Roggen um 83,8 Proz. des Zolles über dem durch den Weltmarktpreis gebotenen Stand lag. Wie die Regierungsvorlage unter diesen Umständen davon reden kann, daß der Zoll „bis zur Hälfte vom Ausland“ getragen worden ist, ist einigermaßen rätselhaft.

Dabei gibt es andere Mittel, um die Produktionskosten der heimischen Landwirtschaft zu verbilligen und es ihr so zu ermöglichen, auch bei einem geringeren Schutz nach außen hin produktionsfähig zu bleiben. Wie man es dann rechtfertigen kann, eine ungeheure Belastung auf den deutschen Verbrauch mit den Schutzöllen zu legen, ist ein Geheimnis, das nur dann verständlich wird, wenn man die politischen Hintergründe der Schutzollvorlage durchschaut. Die Arbeiterschaft jedenfalls wird sich gegen diese Politik energisch zur Wehr setzen müssen.

Juristische Hintergründe der Kriegsanleihe-Hauffe.

Aus Juristentreisen erhalten wir folgende beachtliche Ausführungen:

Ein Schuldner, der seinen Gläubigern erklärt hat, daß er wegen völliger zeitweiser Zahlungsunfähigkeit für wenigstens die nächsten 15 bis 20 Jahre weder Zins noch auch nur den geringsten Rückzahlungsbeitrag auf die Schuld leisten werde, wird erwidert sein, wenn er plötzlich beobachten muß, daß trotz dieser Zahlungsversigerung der Kurs seiner Schuld in auffällender Weise steigt. Dann dieses Steigen bedeutet nichts anderes, als daß er mit erneuten heftigen Bemühungen seiner Gläubiger rechnen muß, doch etwas aus ihm herauszupressen.

In dieser Lage befindet sich augenblicklich das Reich bezüglich der Kriegsanleihe, die ja in den letzten Wochen eine auffallende Kurssteigerung erfahren hat. Je weiter der bisher so niedrige Kurs in die Höhe getrieben wird, um so stärker wird nachher von den Interessenten für die Auswertung der öffentlichen Schulden agitiert werden. Da andererseits jeder realpolitisch Denkende einsehen muß, daß in der Tat keine allgemeine Aufwertung gewährt werden

man, so ist diese Entwicklung höchst unerfreulich. Sie entsetzt den neuen Sturmwind der Interessen gegen den Reichsstatus mit München, die dieser selbst bei bestem Willen nicht erfüllen kann.

Indirekt trägt, das muß leider gesagt werden, an der heftigen Spekulationswut in Kriegsanleihe die Regierung selbst die Vergrößerung der Schuld, und zwar durch gewisse Bestimmungen der II. Steuernotverordnungen.

Sch denke hierbei weniger an die Behandlung, die in Artikel II des genannten Gesetzes dem „öffentlichen Anleihen“ zuteil geworden ist, obwohl es, das ersichtlich für absehbare Zeit doch nichts gezahlt werden kann, wohl klüger und klarer gewesen wäre, ein wirkliches Aufwertungsverbot auszusprechen, als eine Rückzahlungsmöglichkeit für die Zeit nach „Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen“ übrig zu lassen.

Rein, noch viel verderblicher hat die Behandlung gewirkt, die der Frage der Wertermittlung bei gewissen Inhaberpapieren zuteil geworden ist. Wenn überhaupt eine Aufwertung gefordert werden konnte, so doch ohne Zweifel nur zugunsten desjenigen, der an der Schuld Verlust gehabt hat und nun wenigstens einen gewissen Prozentsatz des von ihm, z. B. für die Beschaffung der Kriegsanleihe aufgewendeten Goldmarkbetrages zurückerhalten soll.

Dagegen dürfte doch die neue Maßnahme nicht die Wirkung haben, daß ein Gläubiger an Stelle dieses Bruchteils das Vielfache seiner Aufwendung erhalten könnte. Die neue Vorgabe dürfte doch nicht dazu führen, daß sich Spekulanten, die die fraglichen Papiere in ungeheurem Maße geramst hatten, mit geringen Auslagen unermeßlich bereichern! Und doch ist dieser unbegreiflich schwere Mißgriff begangen worden. Wer im Laufe des Jahres 1923 z. B. Obligationen, Pfandbriefe usw. aufgekauft hat, bekommt genau die gleiche Aufwertungssumme, wie der Friedensgläubiger, der für die einzelne Obligation den Nennwert in gutem Goldgeld bezahlt hat. Fürwahr ein schönes Geschäft! Denn um z. B. 10 000 Mk. Nennwert an Obligationen zu kaufen, brauchte man nur Pfennige auszugeben. Am 1. Oktober 1923 kosteten beispielsweise Berliner neue Pfandbriefe 3,800 Proz., so daß also das Tausend Nennwert 38 Millionen Papiermark kosteten. Da an dem fraglichen Tage die Goldmark 57 619 Millionen Papiermark notierte, stellten sich also 100 000 Mk. Nennwert dieses Papiers auf 3800 Millionen oder ca. 66 Goldmark. Für diese einmalige Ausgabe bekommt der Käufer nun nach der III. Steuernotverordnung eines Tages 15 000 Goldmark oder rund das 25fache.

Dabei waren das besonders teure Papiere, die andern kosteten durchweg, und zwar zum Teil ganz erheblich, weniger, und in den Monaten vorher stellten sich die „festverzinslichen“ in Gold noch viel billiger.

So sehr man sich auch sträubt, die Lasten zuzugeben, die Bestimmung des Gesetzes leidet keinen Zweifel. Es kommt an auf die Grundsumme, von der die von der Verordnung statuierten 15 Proz. — der Aufwertungsbeitrag — in Gold zu zahlen sind. Bei Hypotheken, Grundschulden usw. deckt sich diese Grundsumme mit dem Nennwert nur dann, wenn der Gläubiger den Anspruch bereits vor dem 1. Januar 1918 erworben hat. In diesem Falle müssen also eines Tages an ihn 15 Proz. dieses Nennwertes in Gold, anstatt des Papiermarkbetrages, gezahlt werden. Anders, wenn bei diesen Forderungen der Anspruch erst später erworben wurde. Dann ist der Goldmarkbetrag besonders zu ermitteln, und zwar ist hierfür der Tag des Erwerbes maßgebend; der Goldmarkbetrag wird durch Umrechnung des Nennwertes nach dem letzten Berliner amtlichen Dollarkurs festgestellt, und von diesem Ergebnis sind dann die 15 Proz. zu zahlen. Wer also z. B. am 1. Oktober 1923 eine Hypothek von, sagen wir, um eine recht große Summe zu nehmen, einem Friedensnennwert von 100 000 Mk. erworben hat, bekommt — ca. 1/2 Pf., denn 500 000 Papiermark stellten sich nach dem oben bereits mitgeteilten Goldmarkkurs von ca. 57 Millionen weniger als einen Pfennig in Gold dar, und von diesem Betrage sind die 15 Proz. zu zahlen.

Von dieser, in § 2 Absatz 2 des Gesetzes enthaltenen Wertermittlungsvorschrift sind nun eine ganze Reihe von Papieren eben jene festverzinslichen, börsengängigen Inhaberpapiere, ausgenommen. Es handelt sich insbesondere um Pfandbriefe, Rentenbriefe und andere verzinsliche Schuldverschreibungen von Grundkreditanstalten, Schiffsbetriebsbanken usw., um verzinsliche Schuldverschreibungen irgendwelcher physischer oder juristischer Personen des Privatrechts usw. Insbesondere fallen also die Obligationen, Pfandbriefe, Hypothekendarlehen, privaten Anleihen darunter, die an Börsen gehandelt werden.

Bei diesen Papieren sind grundsätzlich die 15 Proz. vom Nennwert zu zahlen, während der Zeitpunkt und der Gegenwert, zu dem der Berechtigte den Anspruch erworben hat, völlig unberücksichtigt bleiben.

Die Frage, wie diese Bestimmung in das Gesetz gelangt ist, läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Man wäre zu allererst

geneigt, ein Versehen des Gesetzgebers anzunehmen, was bei der Eile, mit der diese überaus schwierige Materie behandelt werden mußte, und bei der leider nicht selten etwas nachlässigen Fassung von Nachkriegsgesetzen nicht weiter verwunderlich wäre. Aber dem steht die Tatsache entgegen, daß ursprünglich in den Entwürfen der Verordnung die betreffenden Papiere genau so geregelt waren wie die Hypotheken. Man muß also wohl annehmen, daß der hinter den Kulissen wirkende Einfluß wichtiger Interessentengruppen, in diesem Falle der Spekulanten, die sich im Laufe der letzten Inflationszeit die fraglichen Papiere für wenige Papiermark verschafft hatten, die unterschiedliche Behandlung dieser Ansprüche herbeigeführt hat.

Auf diese Stellungnahme der III. Steuernotverordnung schließt sich nun auch die Spekulation der Kriegsanleihe. Man weist auf das genannte Gesetz hin und nimmt danach mit Bestimmtheit an, daß, wenn jemals eine wenn auch nur ganz geringfügige Aufwertung der Kriegsanleihe erfolgen sollte, der Gesetzgeber ebenfalls von der Zeit und dem Gegenwert des Erwerbes ganz abgesehen und lediglich auf den Nennwert abstellen werde. Versuche in der gegenteiligen Richtung hofft man offenbar ebenso erfolgreich zu vereiteln, wie bei dieser Verordnung. Und dann könnte gegebenenfalls der Verkauf der Anleihe, die ja auch jetzt, im Verhältnis zum Kenngoldwert, nur Pfennige kostet, ein ebenso glänzendes Geschäft sein, wie es das Zusammenramschen der Obligationen zu sein scheint.

Ein vielleicht entscheidender Rechenfehler scheint — glücklicherweise — doch in dem Exempel zu stecken. Denn es könnte geschehen, daß die Gerichte ihrerseits die ganz offenbar höchst unbillige Regelung der Inhaberpapiere nicht anwenden, sondern auch bei ihnen den Erwerbzeitpunkt für maßgebend erklären. Man würde dann anerkennen müssen, daß sie dadurch einen fundamentalen Forderung der Gerechtigkeit und Moral genügen. Es wäre eine Entscheidung gegen den Wortlaut des Gesetzes, und es ist vom allgemeinen Standpunkt aus wenig wünschenswert, daß die Gerichte, die zur Anwendung der Gesetze da sind, gegen sie entscheiden. Darum sollte die III. Steuernotverordnung schleunigst im Sinne der hier erhobenen Forderung umgeändert werden, damit das zum Ausgleich krassester Inflationschäden geplante Gesetz nicht wie jetzt ein Instrument zugunsten gieriger Spekulanten wird. Dann hört auch die Kriegsanleihehaube von selbst auf, da dann klarsteht, daß eine etwaige Aufwertung lediglich denen zugute kommen würde, die die Anleihe selbst gezeichnet oder für gutes Geld erworben haben, nicht aber solchen, die sie für Bruchteile von Goldpfennigen gekauft haben.

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

7. Januar . . . 1,13	9. April . . . 1,11	28. Mai . . . 1,13
11. Februar . . . 1,03	25. 1,13	18. Juni . . . 1,12
18. 1,04	30. 1,14	25. 1,11
25. 1,05	7. Mai 1,15	2. Juli 1,17
3. März 1,00	14. 1,16	9. 1,19
17. 1,07	21. 1,15	

Steigerung gegen die Vorwoche 1,7 Proz.

Bayerische Staatsbank und Bankhaus de Neufville. Die „Münchener Post“ meldet, daß zwischen der Bayerischen Staatsbank und dem in Konkurs geratenen Bankhaus de Neufville in Frankfurt a. M. ein Arrangement getroffen wurde, durch das der Bayerischen Staatsbank 75 Proz. ihres Guthabens gesichert seien. Der Verlust betrage also nur 100 000 Mk. Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt, daß der Verlust der Bayerischen Staatsbank, wie in der Meldung zutreffend angegeben ist, 100 000 Mk. keinesfalls überschreiten wird.

Der Kampf der Landwirte mit den Fleischtrüsten in Argentinien endete einstweilen mit dem Siege der Trüsten. Die Viehhändler haben, nachdem sie in den Jahren nach dem Krieg riesige Preise erzielt, in den nachfolgenden Jahren der Wirtschaftskrise die denkbar niedrigsten Preise für ihre Produkte erhalten. Die im Besitz der englischen und nordamerikanischen Kapitalien befindlichen Trüsten, Schlachthäuser und Ausfuhrfirmen wurden für den Preissturz verantwortlich gemacht. Die Landwirte haben ein Gesetz gegen die Trüsten durchgesetzt, demzufolge letztere unter Aufsicht gestellt und mit Sondersteuern belastet wurden, auch hat der Staat selbst ein Konkurrenzunternehmen mit einem Kapital von 19 Millionen Dollar errichtet, um die Preisgestaltung zu beeinflussen. Hierzu kam 1923 ein Gesetz, das für Ausfuhrziele Minimalpreise, für das im Inland zu verbrauchende Vieh aber Höchstpreise festsetzte. Das Monopolkapital ist daraufhin zur Einschränkung, beziehungsweise

Sperre der Betriebe gezwungen. Die Landwirte können demzufolge ihr Vieh nicht verkaufen. Die Trüsten blieben einstweilen siegreich; die Gesetze zum Schutz der Landwirte wurden auf sechs Monate außer Kraft gesetzt.

Das Wohnungsbauprogramm der englischen Arbeiterregierung. In England sollen in den kommenden 15 Jahren 2,5 Millionen Wohnhäuser gebaut werden. Ein riesiger Bedarf an Baumaterialien wird vorhanden sein, der nach dem erwähnten Gesetz die Steigerung der Materialpreise verursachen muß. Der Wohnungsminister Wheatley hat aber einen Gesetzesentwurf dem Parlament unterbreitet mit der Erklärung, daß dieses das Gesetz über die Preisbestimmung nach Angebot und Nachfrage aufheben soll. Hierfür ist eine strenge Preiskontrolle mit harten Strafbestimmungen vorgesehen. Die Mittel dazu sind: Staatliche Preisuntersuchungen, Begrenzung des Profits, Bestimmung von Höchstpreisen für einzelne Unternehmer oder den ganzen Geschäftszweig, Verhinderung der Zurückhaltung von Vorräten oder Einschränkung der Produktion, Berechtigung zur Erfassung der Vorräte seitens der Regierung, ja im äußersten Falle Enteignung und Uebernahme des Betriebes. Wheatley wollte eine Art von Preiskontrolle, wie sie während des Krieges üblich war, einführen. Der Entwurf wurde heftig bekämpft: In der Arbeiterpartei selbst wurde geltend gemacht, daß Höchstpreise ohne gleichzeitige Verteilung der Waren wirkungslos sind, wie sich dies auch im Krieg gezeigt hat, außerdem wurde im Entwurf die Schaffung einer gemeinsamen Einkaufsorganisation, die die Materialpreise niedrig halten soll, vermischt. Für die bürgerlichen Parteien bedeutete aber der Entwurf eine zu weitgehende Einschränkung des Privateigentums, weshalb sie die Begehrdung des Entwurfs zu verhindern trachteten.



Wenn Sie wüßten
wie sicher und bequem Sie Ihre
Hühneraugen und Hornhaut
durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben. Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

SOBBEN ERSCHIENEN

UNENTBEHRICH FÜR JEDEN FUNKTIONÄR

**PROTOKOLL
DES PARTEITAGES
BERLIN 1924**

Broschiert 2.50 Mark • Gebunden 3.50 Mark

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW., Lindenstraße 2, Laden

Die letzte Stufe des Preisabbaus

in unserem Saison-Ausverkauf!

2 Posten
Weißes Babot-Blusen
Kollare mit langem Arm
Volten II . . . 4,75
Volten I . . . 3,95

3 Posten
Handgef. Vollvolleblusen
elegante Ausführungen
Volten III . . . 14,50
Volten II . . . 12,50
Volten I . . . 8,75

3 Posten
Waschkleider Damen- und
Wochentagskleider
Volten III . . . 6,75
Volten II . . . 4,95
Volten I . . . 3,75

3 Posten
Frottékleider in schönem
Streifen
Volten III . . . 12,50
Volten II . . . 8,50
Volten I . . . 5,90

3 Posten
Wolle-Kleider weich und
gemultert
Volten III . . . 13,50
Volten II . . . 9,50
Volten I . . . 6,50

3 Posten
Vollvollekleider weich u. schön
Nachtfarben
Volten III . . . 16,50
Volten II . . . 12,50
Volten I . . . 9,50

3 Posten
Reisestücke aus Tencel,
Cabarline, Zell
und anderen Stoffen
Volten III . . . 36,00
Volten II . . . 24,50
Volten I . . . 18,50

Eleganteste Kostüme
aus Zell Wolle, alles auf reiner Seide
Serie III . . . 59,00
Serie II . . . 49,00
Serie I . . . 39,00

3 Posten
Reisemäntel a. Tencel, Zwirn-
Georgette,
Cabarline und anderen Stoffen
Volten III . . . 19,50
Volten II . . . 14,50
Volten I . . . 9,50

**Ein Kleider-
posten**
Washstoffe
in schönem Streifen
Volten III . . . 1,25
Volten II . . . 95 Pf.
Volten I . . . 65 Pf.

Ein großer Posten
Sportweisten und Strandjacken
Serie III 8,50 Serie II 6,50 Serie I 4,50

Ein Posten
Drellhandtücher
gefärbt und
gebündert St. 48 Pf.

Ein Blandend
Volten für Kleider und Schürzen, gute
Qualität 95 Pf.

Ein Frotté u. Strickfrotté
Volten III . . . 1,95
Volten II . . . 1,45
Volten I . . . 95 Pf.

Ein bedruckte Satins
100 cm breit, für Kleider, Schürzen
oder Futterstoffe 1,45

Wäschetuch 80 cm breit,
je nach Qualität 55 Pf.

Linon, 80 cm. breit 95 Pf.
für Tisch- und Bettwäsche

Linon
bedruckte 1,65

Röperbarchent 95 Pf.
bei gelichtet

Damentücher

Zughemden
mit Kragen und Polsterung 1,25

Zughemden
mit Kragen und Ständer 1,85

Brinzebröcke
mit Polsterung 3,75

**Ein großer
Volten**
Brinzebröcke
mit weißer Stützgerüstung
19,50 14,75 14,50 11,50 9,75 8,50
jetzt 12,75 9,75 8,75 6,90 5,75 4,90

Bettgarnituren bed.
u. str., aus gut. M. Geta. 9,50 6,75

Damenstrümpfe

Posten I
Damen-Strümpfe 35 Pf.
feinste Qualität Paar

Posten II
Damen-Strümpfe 65 Pf.
Serie u. Spitze verziert, schwarz,
leder, grau, beige Paar

Posten III
Damen-Strümpfe 95 Pf.
mit Doppelkante und Kanten,
in vielen Farben Paar

Posten IV
Damen-Strümpfe 1,45
Seidenfaser mit Doppelkante und
Kanten, schwarz u. weiß, Paar

Posten V
Damen-Strümpfe 1,75
Kunstseide, Kanten, hübsch ge-
webt Paar

Herrnsocken ganz oben
stark
Volten III . . . 95 Pf.
Volten II . . . 75 Pf.
Volten I . . . 45 Pf.

